

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und
Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Postgebühren) M. 5,20.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Befenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen:
Für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum 1 M.,
für Versammlungsanzeigen 40 M. pro Zeile.

Unsere statistischen Feststellungen vom 29. Januar 1921.

936 Zahlstellen haben berichtet und einen Mitgliederbestand von 87362 nachgewiesen; darunter 6668 Lehrlinge. Arbeitslos waren 8723 oder 9,99% und krank 1785 oder 2,04%. Wie es in den einzelnen Provinzen und Landesstellen steht, zeigt nachstehende Tabelle:

Provinzen oder Landesstellen	Anzahl der an den Feststellungen beteiligten		Von den Mitgliedern (Spalte 3) sind		
	Zahlstellen	Mitglieder	Arbeitslos	Kranke	Lehrlinge
Ostpreußen	89	2901	362	827	73
Weitpreußen	13	1339	64	215	14
Brandenburg	105	9376	481	1058	141
Pommern	56	2963	151	536	57
Posen	3	226	23	11	4
Schlesien	81	9217	1036	1256	179
Sachsen	82	7219	465	270	143
Schleswig-Holstein	47	2623	96	351	59
Hannover	78	4220	111	129	105
Westfalen	28	2254	62	14	34
Hessen-Nassau	20	2782	86	96	72
Rheinland	24	4115	92	24	75
Hohenzollern	1	39	1	—	—
Preußen	567	49264	3030	4317	956
Bayern (Rheinpfalz)	78	6073	287	554	160
Sachsen	62	12811	1234	2138	209
Württemberg	28	2193	80	181	61
Baden	17	1740	65	56	63
Hessen	13	1121	53	18	30
Mecklenburg-Schwerin	51	1892	172	238	58
Sachsen-Weimar	13	1250	99	103	34
Mecklenburg-Strelitz	9	321	30	56	8
Oldenburg	9	741	31	25	7
Braunschweig	14	829	63	40	24
Sachsen-Meiningen	12	684	72	50	20
Altenburg	8	769	47	27	20
Coburg-Gotha	7	725	20	36	26
Anhalt	11	742	71	8	13
Schwarzburg-Sondershausen	4	309	23	22	3
Stadulstadt	7	283	30	45	6
Waldeck	2	45	10	6	—
Reuß A. L. (Greiz)	2	188	22	12	6
Reuß G. L. (Gera)	5	509	57	58	9
Schaumburg-Lippe	3	121	15	4	1
Rippe-Deimold	2	50	3	2	1
Lübeck	1	444	12	3	10
Bremen	1	835	8	5	21
Hamburg	4	2854	124	215	30
Deutsches Reich	936	87362	5668	8723	1785

Gegenüber dem vorläufigen Ergebnis der Feststellungen vom 31. Dezember hat sich die Arbeitslosenziffer erhöht von 9,51 auf 9,99%, hingegen ging die Krankenziffer von 2,20 auf 2,04% zurück.

Nicht oder zu spät berichtet haben folgende Zahlstellen (die zu spät berichtet haben, sind durch einen Stern *) kenntlich gemacht):

- Brandenburg: Eberswalde, Reck, Posen.
- Pommern: Greifenhagen.
- Schlesien: Falkenberg, Neutzde.
- Provinz Sachsen: Worb, Annaburg, Eisleben.
- Hannover: Aurich, Basbet, Gronau, Peine.
- Hessen-Nassau: Schlenkengsfeld, Weyenhausen.
- Bayern: Aschaffenburg, Memmingen, Neuburg a. D., Donau, Waffenhofen.
- Hessen: Gießen.
- Mecklenburg-Schwerin: Brundshaupten.
- Braunschweig: Eichershausen.
- Coburg-Gotha: *Zella-Mehlis.

Das Ergebnis für den 31. Dezember 1920 stellt sich, nachdem noch eine Anzahl Zahlstellen verspätet berichtet haben, wie folgt: In 932 Zahlstellen mit zusammen 88203 Mitgliedern, darunter 5607 Lehrlinge, waren 8970 arbeitslos und 1937 krank. Der nächste Feststellungsstermin ist Sonnabend, 26. Februar.

Tagung des Haupttarifamts für das Baugewerbe am Freitag, 4. Februar 1921, in Berlin.

Im Anschluß an die Verhandlungen über die Tarifausgleichs- und Ferienfrage wurden die Streitfälle aus den Tarifverträgen erledigt. Die Tagesordnung der 20. Sitzung des Haupttarifamts umfaßte 8 Streitpunkte. Davon waren 5 Anträge vom Arbeitgeberbund, 1 Antrag vom Deutschen Bauarbeiterverband und 2 Anträge vom Zentralverband der Zimmerer.

Antrag 1 (Nr. 335 des Haupttarifamts), Arbeitgeberbund Südbayern, betreffend Verbindung des Delegiertenausschusses mit dem Angestelltenrat der Firma Philipp Holzmann & Cie., wurde auf Wunsch der Antragsteller verlagert bis zur Erledigung der Ausgleichsfrage beider Reichstarifverträge.

Antrag 2 (Nr. 337 des Haupttarifamts), Arbeitgeberbund, betreffend Entlassung eines Baudelegierten bei der Firma Aktien-Gesellschaft für Beton- und Monierbau in Berlin. Auf der Baustelle Wasserwerk Tegel wurde, als die Arbeiten beendet waren, der Baudelegierte und gleichzeitig Mitglied des Delegiertenausschusses mit noch zwei andern Arbeitern entlassen. Er wurde 3 Tage später auf einer andern in Lichtenrade belegenen Baustelle der Firma wieder eingestellt und verlangt Lohnentschädigung für die 3 Tage. Auf Beschwerde des Bauarbeiterverbandes hatte das Tarifamt in seiner Sitzung vom 16. November 1920 den Antrag des Beschwerdeführers für begründet erklärt und die Firma verurteilt, dem Antragsteller den Lohn für 3 Tage zu vergüten, weil es ihr ein Leichtes gewesen wäre, den Arbeiter nach seiner Entlassung in Tegel sofort in Lichtenrade wieder einzustellen. Sie wäre hierzu nach § 12 der Demobilisationsverordnung vom 12. Februar 1920 auch verpflichtet gewesen. Die Ansicht des Beschwerdegegners (Arbeitgeber), daß unter Betrieb im Sinne dieser Bestimmung prinzipiell die einzelne Baustelle anzusehen sei, könne nicht geteilt werden. Diese kleinere Baustelle könne als selbständiger Betrieb nicht angesehen werden, sondern müsse mindestens mit der in Lichtenrade belegenen Stelle als ein Betrieb gelten. Wäre also nicht einmal die Streckung der Arbeit notwendig gewesen, da noch freie Stellen zu besetzen waren, so sei die Bestimmung des § 12 der Demobilisationsverordnung von der Firma verletzt und der Anspruch des Arbeiters gerechtfertigt. Der Verband der Baugewerkschaften von Groß-Berlin hatte gegen diese Entscheidung Berufung beim Haupttarifamt eingelegt, weil die Frage, wie bei Entlassungen von Arbeitnehmern infolge Verminderung der Arbeitsgelegenheit vorzugehen ist, im § 2 Ziffer 2 des Reichstarifvertrages ihre besondere Regelung erfahren hat. Der Begriff eines Betriebes sei bisher im Baugewerbe mit der Baustelle identifiziert worden. Den Einwendungen der Vertreter der Zimmerer gegenüber wurde von Herrn Dr. Mielenz zugestanden, daß das Zimmerergewerbe hiervon ausgenommen sei. Im Zimmerergewerbe müßten alle Baustellen eines Unternehmers als einheitlicher Betrieb gelten, weil die Zimmerarbeiten auf Bauten nur eine Ausstrahlung vom Zimmerplatz seien. Bei Prüfung der Frage der Entlassung von Zimmerleuten schlechthin müssen also die gesamten Arbeiten eines Unternehmers in Rücksicht gezogen werden. Eine Entscheidung des Haupttarifamtes erübrigte sich, weil die Berufung von den Antragstellern zurückgezogen und damit das Urteil des Tarifamtes rechtskräftig wurde.

Antrag 3 (Nr. 338 des Haupttarifamts), Deutscher Bauarbeiterverband, betreffend unrechtmäßiger Entlassung von 2 Arbeitern in Straßund. Die Arbeiter wurden auf einen Verdacht hin entlassen, der sich später als unhaltbar erwies. Gefordert wurden zusammen für 48 Tage 1708,80 M. Lohnentschädigung. Der Schlichtungsausschuß überwies die Sache auf den Einwand der Unternehmer an die Schlichtungskommission als zuständige Tarifinstanz. Diese verurteilte den Unternehmer zur Zahlung der Lohnentschädigung. Das Tarifamt als Berufungsinstanz erklärte sich auf Grund von § 8 Absatz 2 des Reichstarifvertrages für unzuständig, weil

Lohnlagen vor die ordentlichen Gerichte gehören. Das angerufene Gewerbegericht verwies die Sache an den zuständigen Schlichtungsausschuß. Die Entscheidung des Haupttarifamts ergeht dahin: Das Tarifamt hat sich mit Recht für unzuständig erklärt. Zuständig ist allein bei Entlassungen, sobald sich unbillige Härten zeigen, der Schlichtungsausschuß.

Antrag 4 (Nr. 339 des Haupttarifamts), Arbeitgeberbund Nordbayern, wegen unbefugter Entscheidung des Tarifamts Nürnberg betreffend Vergütung der Gehzeit. Streitobjekt war die Vergütung der Gehzeit für Stufateure auf der Baustelle Schloß Haus bei Hagelstedt. Das Tarifamt hatte eine Entschädigung für die Gehzeit festgesetzt, obwohl in der eigenen Begründung des Urteils Rechtsanspruch auf Vergütung der Gehzeit als Arbeitszeit aus dem Tarifvertrag nicht herzuleiten ist. Das Haupttarifamt hob die Entscheidung des Tarifamts auf, weil sie neues Vertragsrecht schafft, was dem Tarifamt nicht zusteht.

Antrag 5 (Nr. 341 des Haupttarifamts), Zentralverband der Zimmerer, Zahlstelle Mannheim. Die Zimmerer von Mannheim hatten den neuabgeschlossenen Bezirksstarifvertrag nur unter dem Vorbehalt unterzeichnet, daß über die in diesem Vertrag enthaltenen Verschlechterungen, betreffend Mittagspause, Fahrgeldentschädigung und Entlohnung für Junggesellen das Haupttarifamt entscheidet. Die Zimmerer beantragten beim Haupttarifamt die Aufnahme einer Sonderbestimmung für Zimmerer in den Bezirksstarifvertrag, nach der die früheren günstigeren Bestimmungen für Zimmerer in den neuen Bezirksstarifvertrag übernommen werden. Das Urteil des Haupttarifamts geht dahin: Dem Antrag des Zentralverbandes der Zimmerer, Zahlstelle Mannheim, wird nicht stattgegeben. Sonderbestimmungen für Zimmerer sind in den Tarifvertrag nicht aufzunehmen.

Antrag 6 (Nr. 342 des Haupttarifamts), Zentralverband der Zimmerer, Zahlstelle Emden, wegen Festsetzung des Zahlungstermins für die Werkzeugentschädigung. Durch Entscheidung des Haupttarifamts vom 18. Oktober 1920 war eine Werkzeugentschädigung für Emden festgelegt. Die Unternehmer verzögerten die Durchführung der Entschädigung. Sie zahlten die Entschädigung erst vom 1. Januar 1921 an. Die Sache wird dahin erledigt, daß die Entschädigung vom Tage der ersten Entscheidung des Haupttarifamts, vom 18. Oktober 1920, zu zahlen und nachzuzahlen ist.

Antrag 7 (Nr. 343 des Haupttarifamts), Arbeitgeberverband Nordbayern, betreffend die Umgrenzung des Tarifgebiets für Burglengsfeld. Die Vertragsparteien hatten ein Schiedsgericht eingesetzt, das die Grenzen des Tarifvertrages bestimmen sollte. Dieses hatte die Grenze auf 5 km im Umkreis von Burglengsfeld als Tarifgrenze festgelegt. Zufälligerweise waren durch diese Grenzfestsetzung die Siedlungsbauten der Eisenhütte Maximilianswerk einbezogen. Hiergegen sträubte sich das Hüttenwerk und drohte mit Stilllegung der Bauten. Der nordbayerische Arbeitgeberverband kam dem Hüttenwerk bei seinem Bestreben, die Siedlung auf Kosten der Bauarbeiter durch billigere Löhne zu erstellen, zu Hilfe und legte gegen diese Entscheidung des Tarifamts Berufung ein. Das Haupttarifamt verwarf die Berufung.

Antrag 8 (Nr. 340 des Haupttarifamts), Arbeitgeberverband Schleswig-Holstein, betreffend Entlassung eines Arbeiters in Lensahn b. Oldenburg i. Holstein. Die Schlichtungskommission Oldenburg verurteilte den Unternehmer zur Zahlung von 148,40 M. Lohnentschädigung. Das Tarifamt bestätigte das Urteil der Schlichtungskommission. Gegen diese Entscheidung legte der Arbeitgeberverband Berufung beim Haupttarifamt ein, mit der Begründung, daß das Tarifamt in der Sache nicht zuständig sei, weil der Arbeiter seine Ansprüche aus den Bestimmungen des Betriebsratsgesetzes hergeleitet hat. Das Haupttarifamt erklärte dahin: Die Entscheidung des Tarifamts Oldenburg wird aufgehoben, da in Streitfällen aus der Demobilisationsverordnung vom 12. Februar 1920 der Schlichtungsausschuß ausschließlich zuständig ist.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Raffengeschäftliches.

Quittung.

In der Zeit vom 1. bis 31. Januar gingen zu Quittungen über Erwerbslosenunterstützung ein. (Die Beträge für Krankenunterstützung sind mit einem Stern (*) bezeichnet): Aus Machen 16 80 M., *201,60, Alen 218, *152,40, Ahrensböck 160, Ahrensburg 477,60, *28,80, Alten 80, *12,80, Altfeld 140,80, *115,20, Altenburg 162, *213,60, Altenfittenbach 870,80, *184,80, Amberg 17,60, Angerburg 248, *22, Angermünde *60, Antlam 84, *48, Annaberg-Buchholz 1324,80, *129,60, Altleben 71, Apolda *33,60, Arnstadt 278, *208, Arnswalde 450, *85, Artern *89,60, Arzberg 342, *48, Aichaffenburg 234, *459, Aicherleben *345,20, Aue 682,80, *93,60, Aueburg 130,80, *300, Auma 192,40, Altheide *80,40, Bad Köfen 228, Bad Harzburg 65,60, Bad Orb *86,40, Bad Riffingen 150,40, *89,60, Bad Reichenball *38,40, Bad Schönfließ *64, Bad Tölz 28, Bahn 86, Bamberg 1039,20, *201,60, Bargieheide 404, Barmen-Gilberfeld 47,60, Barnstedt 132, Bartenstein 267, Bärwalde *57,60, Bauen 990, *79,20, Bayreuth 802,60, *45, Belgard 67,20, *52,80, Belgern 82,40, *153,60, Bensheim-Muerbach 90,80, *87,20, Berchtesgaden 9,60, Bergedorf 1884,60, *274,40, Bergen a. M. 198, *48, Berlin 85 612,40, *6488,40, Berlinchen 158,40, *12, Bernau 2049,60, Bernburg 12, *98, Bernstadt 38,40, *24, Bernise 105,60, *33,60, Beuthen a. d. O. 76,80, *156, Bielefeld 291,60, *240, Birkenwerder 243,60, Bitterfeld *192, Blantenburg a. S. 199,20, Bledice 38,40, Bochum *155,40, Boizenburg *96, Wolfenhausen 174,40, Borna *93,60, Brate *22, Bramstedt 1230, Brandenburg 1157, *64, Brandis 187,20, Braunsberg 12, *24, Braunschweig 768,40, *772,80, Bremen 566, *2364,80, Bremervörde *24, Breslau 4831,20, *2676, Brieg 767,60, *526,40, Briel 48, Brunsbüttel 522,60, *328, Brunschwalden *57,60, Bückeburg *138, Buchow 104, Bullenhausen 252, *16,80, Bunzlau 51,20, *344, Burg i. D. 67, *21, Burg a. S. 60, *57,60, Burg b. M. 346, *256,40, Bärge 69, Burglände 2344,20, *134,40, Burghausen *42, Bülow 600, Bülow 80, Bugthude 98, Bad Mübitz 126, *60, Baden-Baden *84, Berned 48, Calbe *54, Calfeld *174,40, Camburg 84, *406, Cammer 426, Calw 204,20, Cassel *1829, Celle 75, *134, Chemnitz 7590,60, *1257,60, Elbe 304,40, *54,40, Coburg 221, *487,60, Colditz 72,80, Cöln *998,20, Coswig *6, *12, Cöthen *91, Cottbus *96,40, Cravinkel 95,20, Crefeld 54,60, Kreuzburg 200, *540, Crummitzschau 234, *273,60, Croßen 105,60, *88,40, Cüstrin 224, *104, Curgwaren 249,60, *80, Chrißburg 486, Dedebach *64, Dahlenburg 57,60, Daber 129,60, *9,60, Dahlen 360, *60, Dahme 208, Danzig 3334,20, *968,40, Darmstadt 108, *332,80, Daxfom 38, Deggendorf 92,80, *27,20, Degow 124,80, *8, Delitzsch *64,80, Delmenhorst 472,40, *144,40, Dessau 14,40, *14,40, Detmold 24, Deutsch-Krone *12, Deutsch-Wissa 115,20, *105,60, Diepholz 19,20, *57,60, Dießen 420, Dillingen 144, Dinkelsbühl 38,40, Döbeln 746,40, *43,20, Doberan 65, *121, Döbitz *64, Döms 96, Domslau *306, Dortmund *355,60, Dresden 40 082, *5590, Drieten 46, *208, Drochtersen 156, Drossig *198, Dülsberg *889, Düsseldorf 91, *212,80, Dierenburg 12, Düren *50,40, Ebernstraße 4,20, Egefort *117, Eilenburg *86,40, Einbeck 56, *199, Eimach 354,40, *498,80, Eisenberg 98,40, *27,60, Eising 1971,60, *166, Eimshorn 512, Eißenberg 204, *178, Eißenerode *63, Eißershausen 19,20, *128, Emden *689, Erfurt 2258, *508,20, Ertrner 226,80, *186,20, Effen *277,20, Eutin 287, *52, Eytrup 99,20, *109,60, Erding 38, *36, Fallenstein 888, *156, Fallersleben 92, *38,40, Feßleben 226, Friedrichow 168, *34, Flensburg *560, Forchheim 496, Fosite 290,40, Franckenberg 435,60, Frankenhäuser 268,40, *35,20, Frankenstein *86,40, Frankenthal *294,20, Frankfurt a. M. 1840, *3243,60, Frankfurt a. d. O. 118, *180, Freiburg i. S. 2698,60, *400,60, Freiburg i. B. 86,40, *46, Freiburg i. Schl. 156, *30, Freienwalde a. d. O. 337, *34, Freienwalde i. P. 14,40, *8, Freising 288, Freudenstadt 657, *224, Freyhan 1159,20, Frieda 626, *98, Friedland i. M. 260,60, *48,80, Friedland i. O. 190, Fulda 98, *46, Fürstberg *168, Fürstwalde 272, *24, Groß-Büthen *4,80, Gehren 90, *60, Geringswalde 943,20, *21,60, Gadebusch *288, Garg a. d. O. 120, Geesthacht 862,40, *98, Geiselungen 46, Geithain 280,40, Gelsenkirchen *81,20, Genthin 68, *108, Gera 288,40, *514,80, Gerdaun *192,40, Gießen *72, Glatz 28,80, Glauchau 236,40, *321,60, Glogau 80, *171, Glöcknitz 64,80, *223,20, Gmünd 114, *218, Gnoien *144, Goldap 150, *34, Goldberg i. Schl. 201,60, *43,20, Gollnow 770,40, *72, Gommern 478,40, Göppingen 48, *371, Görlitz 122, *337,80, Gotha 399,60, *212, Göttingen *108, Grabow *164, Gräfenhainichen 68,40, *141,60, Gräfenhainichen 105,60, Greifenhagen *54, Greifswald 80, *36, Greiz 633,60, *212,40, Grevesmühlen 168, Grimma 570,20, *48, Grummen 136, *57,60, Großsch. Pegau *79,20, Großbreitenbach 406, *102, Großenhain 175,20, *176,40, Großneundorf 252,80, Groß-Bofern 10, Groß-Zimmern *146,80, Grünberg i. Schl. 14, *382,80, Guben 116, *276, Guhrau 65,60, Gumbinnen 3252,80, *116,40, Gülden 112,40, Gütersloh 130, *74, Gützkow 352,80, Hauscham *9,60, Hagenau 448, Hagen i. W. *297,60, Hagenow 120, *48, Hainichen 835,20, *96, Halberstadt *1129,40, Halle 651,60, *608,80, Hamburg 13323, *5477, Hameln 60,40, *121,60, Hamn i. W. 72,80, *358,40, Hammerstein *44,80, Hannover 160, *1128,60, Hannover-Münden *153,60, Harfeld 38,40, *28,80, Hattenbach 76,80, Hattungen *22,40, Haynau 92,80, *28,80, Heide 74,40, Heidenheim 72, Heilbronn 43,20, *645,60, Heiligenbeil 180, Heldrungen 130, *40, Helmbrichts 164, *38,40, Helmstedt *12,80, Herbsleben 1162,20, Herford *18, Hermannsburg 210,40, Hermsdorf 280, Hersfeld 28,80, *28,80, Heßfeldt 136, Hildesheim *494, Hirschberg i. S. 118, *48, Hirschberg i. Schl. 581,40, *404,80, Hof 363, *60, Hohenmühlen *213,60, Holzhausen *33,60, Holzmünden *108,80, Homburg 19,20, *9,60, Hornburg 35,20, *28,80, Hötensleben *20, Hundsfeld 24, *331,20, Hufum 60, *24, Jarmen 374,40, Jauer *163,20, Jena 1404, *321, Jever 186, Jümenau *108, Jümenstadt *152, Jüterbog 1250, *96, Joachimsthal *26,40, Jerichow 194,40, *139,20, Jychoe 1662, *144, Jüterbog 94,80, Kahla *483,60, Kaiserlautern *91,20, Kalkberge 406,40, *38,40, Kaitenkirchen 240, Kamenz 898, *594, Karlruhe 792, *999,60, Kattowitz 424,80, *739,20, Kaufbeuren 162, *19,20, Kelbra

*220,80, Kellinghusen 508, Kempen 14, Kegin *56, Kiel 4215, *905,60, Kirchheim u. Teck 236,80, Kitzingen 48, *452, Klingenthal 576, Klitz 475, Kolzig 1016, Kolzig 19,20, Königsberg i. d. Neumark *82, Königsberg i. Pr. 840,80, *2042,80, Königssee 153,60, *153,60, Königshütte 82,80, *43,20, Königswusterhausen 767,20, *184,80, Konstanz 189,20, Konstanz 72, *38,40, Körlin 457,60, *147,20, Köselin 78, *96, Kranichfeld *33,60, Kremen 57,60, Kronach 338,40, *72, Krüppeln 276, Kumbach 164, Kyritz *32, Laufen 11,20, *19,20, Laage 84, *24, Labiau 92, Lahn 233,80, Lahr *48, Lamspringe *160, Landau i. Pfalz *33,60, Landsberg a. d. W. 606, *60, Landshut 582, *164, Langelsheim 9,60, Langenbielau 96, Langenöls 168, *115,20, Langenliala 785,60, Lauban 104, *48, Lauenburg i. P. 126, *48, Lauf 61,80, Laufitz 100, Lauterbach *201,60, Lehe-Oeselmünde 174, *654,40, Lehnin 872, Leipzig 12 978,10, *2468, Leisnig 810, *54, Lengensfeld 561,60, Leobichütz 61,80, Lichtenzels 8, *17,60, Liebenwerda 96, Liegnitz 852, *319, Lindau am Bodensee *32, Lindenbergr 48, Löbau 1479,20, *254,40, Lobenstein 276, Lößnitz 50, Lörach *120, Lützen 84, *24, Löwenberg 112, Lübben-Steinrichen 60, *300,80, Lübeck 531,60, *1072,80, Lüben 136, *75,20, Lübs i. P. 68, Lübbühren *24, Lübb. i. M. 20, *462, Lufca *24, Lützenwalde 16 *133, Lüdenscheid *151,20, Ludwigshafen *2229, Lumburg 36, *80, Lützen 19,60, *36,80, Lützen *86,40, Marltveditz 60, Magdeburg 883,60, *1722,40, Mainz 295, *143,40, Mannheim 196, *691,60, Marienburg 330, *36, Marienwalde 22,40, *23,80, Marienwerder 96, *60, Marltissa 532,80, *7,20, Marienkirchen 183,60, Marlow 172, Marne 551, Meerane 360, *28,80, Meiningen 144,40, *72,80, Mellendorf 30, Memel *36, Memmingen 48, *38, Merleburg 338,40, *1088,80, Meseritz 32, Meuselbach 614,40, *105,60, Meuselwitz 144, *55,20, Miesbach 52, *359,80, Müllisch *134,40, Müden 170, *40, Mürow *158,40, Mittenwalde 296,80, *117,60, Mittweida 1002, *154,80, Mückeln 44,80, Mülln 120, *16, Müllenberg *16, Mügeln 172, Mühlberg *36, Mühlhausen i. Th. *322,80, Mühlheim a. Rh. *50,40, München 5387,20, *3979,80, Mülln i. B. 704,80, *62,80, Mülln i. B. 134,40, Muesau *175,20, Moosburg 128, Mauen 43,20, *28,80, Nauargd 54,40, *14,40, Naumburg *93,60, Neidenburg 447, Neißa 137,60, *28,80, Norderhau-Treben *6, Neubuckow 184, *412, Neudamm 14, *56, Neugersdorf 866,40, *127,20, Neubaldenleben 158,40, *72, Neuhäus 186,40, Neufalen 150, Neufelner 464, *26, Neumarkt i. Schl. 268,80, *86,40, Neumünster 278,60, *285,60, Neuruppin 277, *12, Neusalz 124, *36, Neuß *4,20, Neustadt i. S. 44, Neustadt a. d. Orla 41,60, *60, Neustettin 791,60, *26, Neustrelitz 151, *36, Neuzelle *76,80, Nienburg a. d. S. *93, Nienburg a. d. W. 110, Nie in 78,40, *33,60, Nifolaiten 72, Nimpfisch 38,40, *201,60, Norden 109, *18, Nordenham 48, *242,40, Norderney 342, *36, Nordhausen 712, *262, Nördlingen 19,20, *57,60, Nossen 736,60, Nüßberg 2395,60, *1149,60, Neumied 67,20, Neumarkt a. d. Rott *20, Obermarlsgacht 145,20, Ober-Neudorf 525,20, *178,20, Odenitz 67,60, Oehringen 119, Oelsnitz 1356, Offenbach *66, Ohlau *118,40, Olbernhau 438, *76, Oldenburg 178, *230, Oldesloe 97, *140, Oppeln 12, *667,20, Oranienburg 62,40, *36, Ortelsburg 1212, *914, Oschitz 124, *76, Oschersleben *16, Osna-brück *97, Osterburg 154, *2, Osterode 534,40, *187,60, Othersdorf *70, Odruf 14,40, Pargitz *16, Patzsch 691, *82, Passau 114,40, *28, Peine *165,60, Peisternitz 12,80, *41,60, Peitz 28,80, Penig 115,20, *18, Penzig 108, *19,20, Penzlin *72, Perleberg 63, *112, Perleberg 518,40, *129,60, Pilskaufen 59,20, *44, Pinnerberg 26,80, *160,80, Plathe 32, Plau 28, Plauen 438,80, *278,60, Plön *58, Pöbneck 833, Potsdam 1426,80, *177,60, Prenzlau 271,80, *91,60, Priesch-Schmiedeberg *112, Priwitz *38,40, Pustitz 9,60, *38,40, Pyritz 703,40, Pölsin 25,60, Querfurt *28, Nassenburg 513, *74, Rathenow 314,40, *348, Radeburg 60, *56, Ravensburg 12, *68, Regensburg 684, *273,60, Regenswalde 67,20, *6,40, Rehaun 222, Rehhof 144, Reichenbach in Schlesien 72, *68, Reichenbach in Vogtl. 314,40, *21,60, Reichenbach in Sachsen 150,40, *82,40, Reichenstein 38,40, *153,60, Reichenfeld 52,40, Reinfeld 558, Reinscheid *75,60, Reudersburg 711,60, *122,40, Reulichen 91,80, *106,40, Rheine 108, Richenberg 18, *38,40, Rieba 96, *431,20, Riesenburg 329,60, *20,80, Röbbel 115, *32, Rochitz 300,80, Roda 209,60, *79,20, Röhrda 433,60, *213,60, Ronneburg 80, Rosenburg i. Schl. *57,60, Rosenheim 72, *204, Rosßwein 735, *70, Rosßow 997,20, *228, Roth a. Sand 120, *180, Rötha *57,60, Rothemühl 46,40, Rothenburg a. d. Tauber 9,60, Rumbach 38,40, Saarau *184, Saalfeld a. d. S. 188,40, *38,40, Sachwitz 489,60, *144, Saaga 148,80, *88,40, Saalungen 90, *176, Saalwedel *327,60, Saalfeld i. O. 36, *36, Sand 116, *123,60, Saßnitz 48, *76, Satow *44, Seehausen (Kreis Wangleben) *64,80, Seelow 48, Seesen *43,20, Segeberg 39,60, *45, Seidenberg 339,80, *194, Seib *24, Semd 51,20, Semtzenberg 40, *839,80, Siegen *144, Siegenroda *68, Sohland 1346,80, Soltan 25,60, *134,40, Sommerfeld 56, *144, Sonderhausen *36, Sorau 153,60, *170, Spandau 459,20, *350, Speyer 28, Spremberg *48, Sprottau 87, *45, Suhl 262, *195,60, Sulingen 35,20, *56, Swinemünde 724, *24, Schütz *67,20, Schmalkalden 178, *60, Schleusingen 38,40, Schuppenbeil 570, *36, Scheußitz 206,40, *164,40, Schiawe 134,40, Schleiz 260,80, *99,20, Schleswig 298, Schlotheim 278,40, Schmölln 115,20, Schöne-mühl 58, *72, Schönlanke 88, Schönau *38,40, Schönberg 50, *96, Schönheide 528, *52,80, Schopshorn 288, *9,60, Schwann 269, Schwabach 114,40, *24, Schwandorf *44, Schwarzbürg 36,80, *28,80, Schwarzenbach 312, Schwarzenbel *72, Schwarzenberg 338,80, *37,20, Schwebitz 147, *24, Schneidnitz 262,60, *195,60, Schweinfurt 536,40, Schwerin 165,60, *561,60, Schwiebus 124, Sieda *44, Stadthagen 25,60, Stallupönen *20, Stargard i. M. 124, Stargard i. P. *119,60, Starnberg *20, *18, Staßfurt *30, Stavenhagen *96, Steinach 54, *102, Stendal 116, *120,80, Stepenitz 163,20, Sternberg *30, Stettin 1445,60, *1029,60, Stollberg 256,60, *67,20, Stolp 149, *72, Stolzenau 134,40, Stralsund 872, *60, Straßburg i. d. Neumark 19,20, Straubing 24, *96, Strahlen 278,40, *72, Striegau 72, Stuttgart 4747,40, *3994, Taiflingen 192, Tambach 422, *24, Tangerhütte 60, Tangermünde 213,40, *20, Tettau 141, *36, Teterow 58, *55, Tilsit 537, *96, Tönnna 78, Torgau *8, Torgelow 48, Trachenberg *91,20, Trebbin 269, *76,80, Trebnitz 974,40, Treptow a. d. N. *122, Treuenbriegen 88,40, *24, Triebitz 48, *38,40, Trier *58,80, Trittau 81,60, *86,40, Tübingen 884, *46, Tützingen 57,60, *103,20, Ufenort *54,40, Ueberlingen *76,80, Ueckermünde 216, Uelzen 234, *254, Uetersen 48,20, Uffingen 12, Utscha 60, *12, Uvel 90, *46,80, Uxer 28,20, Uxter 76, Verden 258, *18, Wehlau 96, *48, Waldenburg i. S. 237, Waldenburg i. Schl. 66, *1406,40, Waldheim 928,80, Wallendorf 48, *62, Walstrobe *131,20, Waltershausen 315,20, Wangleben *122,40, Waren *168, Warin 141,40,

Warnemünde 192, Wasserburg 60, Wedel 211,60, Weilheim 96, Wemar 194,40, *172,80, Weßensels 57,60, *184,80, Weßmaffer *54, Werdaun 230,40, *31,20, Werder 219, Werneuchen 48, *58, Wernigerode 69, *156, Westerland a. Sylt 716,80 *14, Wehlar 24, Wiesbaden 318, *392,80, Wiesdorf *137,20, Wilhelmshaven 10,80, *259,20, Wilster 106, *120, Wismen a. d. E. 198, *52, Wismar *100,80, Witten *36,40, Wittenberg (Bezirk Halle) 54, *61, Wittenburg 120, Wittlingen 128,20, Wismenhausen 120, Wohlau 78,40, *115,20, Woldegt 214, *264, Woldenberg 38,40, Wolkenbüttel 474,40, *32, Wollin *355,20, Worms 57,60, *115,20, Würzburg 777,60, *115,20, Würzen 418,80, Wüterhausen 46, *32, Weßelburen 108, *18, Lägerfeld *19,20, Zehdenick 547,20, *35,20, Zeitz 321,60, Zerbit 145, *54, Zeulenroda 96, *100, Zielentz 28,80, *84, Ziefar 76,80, *38,40, Zittau 3012, *1411,20, Zörbig *391,20, Zossen 526,80, *153,60, Züllichau 73,60, *19,20, Zwenkau 323,80, *302,40, Zwickau 1053,60, *201,60, Zwönitz 207,20, Ziegenhals 57,60.

Arbeitslosenunterstützungen wurden im Dezember nach den eingegangenen Quittungen ausgezahlt:

6 Tage à 80 M. =	4,80 M.
84 " à 100 " =	84,00 "
244 " à 120 " =	292,80 "
30 " à 140 " =	42,00 "
9 " à 210 " =	18,90 "
7049 " à 160 " =	11278,40 "
12159 " à 200 " =	24318,00 "
11977 " à 240 " =	28744,80 "
7200 " à 280 " =	20160,00 "
3784 " à 300 " =	11352,00 "
1363 " à 320 " =	4361,60 "
4465 " à 360 " =	16074,00 "
5059 " à 400 " =	20236,00 "
3278 " à 420 " =	13767,60 "
3061 " à 480 " =	14692,80 "
4437 " à 500 " =	22185,00 "
2323 " à 560 " =	13008,80 "
8599 " à 600 " =	51594,00 "
5839 " à 700 " =	40873,00 "
80966 Tage	= 293088 50 M.

Krankenunterstützungen wurden im Dezember nach den eingegangenen Quittungen ausgezahlt:

103 Tage à 80 M. =	82,40 M.
96 " à 100 " =	96,00 "
149 " à 120 " =	178,80 "
107 " à 140 " =	149,80 "
30 " à 180 " =	54,00 "
88 " à 210 " =	79,80 "
4033 " à 160 " =	6452,80 "
6332 " à 200 " =	12664,00 "
5924 " à 240 " =	14217,60 "
3902 " à 280 " =	10925,60 "
1664 " à 300 " =	4992,00 "
1097 " à 320 " =	3510,40 "
1867 " à 360 " =	6721,20 "
3520 " à 400 " =	14080,00 "
1060 " à 480 " =	4452,00 "
5645 " à 480 " =	27096,00 "
3202 " à 560 " =	17931,20 "
86769 Tage	= 123683,60 M.

Folgende Zahlstellen sind leider immer noch mit der Abrechnung für das 4. Quartal im Rückstand; die mit einem Stern (*) bezeichneten Ortsnamen bedeuten solche Zahlstellen, die nur den Rassenabschluss, aber nicht die Mitglieder-Beitragsliste einsandten: Bad Köfen, Basbeck-Ofen, Bonn, Bredstedt, Burghausen, Cravinkel, Cöche, Gerabrann, Gießen, Gronau, Jüdicke, Kattowitz, Kremen, Lahr i. B., Landau a. d. S., Ludwigshafen, Marktneufkirchen, Meldehof, Merseburg, Mittenwalde, Mühlberg, München-Gladbach, Namslau, Neuburg a. d. O., Oberrennersdorf, Pfaffenhausen, Pirmasens, Pühlig, Sensburg, Sigmaringen, Spottau, Schentlengsfeld, Tettau, Wandenburg, Wismen a. d. E., Wriezen.

Adolf Römer, Kassierer.

Unsere Lohnbewegungen.

Gestreift wird in Schönlanke und Lambach. Geipert sind in Bredstedt-Lengede das Erzwerk, in Effen (Alteneffen) die Firma Grüttering, in Gießen die Firma Gesellschaft für Beton- und Eisenbetonbau, in Homburg (Saar) das Geschäft von Heil, in Lützenwalde das Geschäft von Meves, in Mannheim die Firma Brucin, in Nimbach i. Odenwald das Geschäft von P. Schent.

Eine vertagte Lohnregelung in Leobschütz i. Schl. Die baugewerblichen Arbeiterverbände forderten für Maurer und Zimmerer einen Stundenlohn von 5 M., für Hilfsarbeiter 4,75 M. Bisher stand der Lohn auf 4 M beziehungsweise 3,30 M. Weil mit den Unternehmern nichts anfangen war, wurde der Schlichtungsausschuss für Ratibor-Leobschütz angerufen. Die Vertreter der Arbeiter begründeten die Forderungen mit der anhaltenden, noch immer ansteigenden Teuerung. Die Unternehmer bestritten, daß sich seit September die Lebenshaltung verteuert habe, im Gegenteil seien Anzeichen für einen Abbau der Preise vorhanden. Höhere Löhne könnten sie nicht bewilligen, weil dann überhaupt nicht mehr gebaut werden würde. Alle Gegenstände der Arbeitervertreter vermochten nicht, die Unternehmer zu bewegen, einen entgegenkommeneren Standpunkt einzunehmen. Und der Schlichtungsausschuss? Er zog sich zurück und entschied: Die Sache wird auf 4 Wochen vertagt. Interessant ist auch die Begründung: „Aus den vom Magistrat erbetenen Zusammenstellungen über die Teuerungsverhältnisse in den Monaten September—Januar sind zwar die Preischwankungen ersichtlich, nicht aber die eigentlichen Teuerungszahlen, so daß es dem Schlichtungsausschuss an zuverlässigen Unterlagen betreffs Beurteilung der Teuerungszulage fehlt. Bei einigen wichtigen Bedarfsgegenständen ist unverkennbar ein ziemlich beträchtlicher Anstieg zu bemerken, der nach dem fachverständigen Urteil eines Arbeitgebervertreters noch erheblicher werden wird. Unter

diesen Umständen erscheint es geboten, vor Bewilligung neuer Lohnforderungen erst die Entwicklung der Marktlage abzuwarten. Hierzu kommt noch das nicht von der Hand zu weisende Bedenken der Unternehmer, daß bei einer jeglichen Steigerung der Stundenlöhne Bauaufträge nicht hereinkommen werden. Da jetzt alle Bauverträge dahin abgeschlossen werden, daß der Bauherr die Lohnhöhlungen tragen muß, so könnten bei später notwendig werdenden Lohnzuschlägen diese auf die Auftraggeber abgewälzt werden.“ Wir meinen, daß, wenn der Schlichtungsausschuß sich vorzeitig zuverlässige Unterlagen zur Beurteilung der Forderung beschafft hätte, er nicht auf das „schwerfällige Urteil eines Arbeitgeberbeiständers“ angewiesen gewesen wäre. Warum er übrigens dem Urteil der Arbeitervertreter weniger Sachverstand zuerkennet, ist schwer zu erraten. Die Angelegenheit aber einfach auf 4 Wochen zu verlagern, um „die Entwicklung der Marktlage abzuwarten“, das ist eine Entscheidung, die bisher wohl einzig dastehen dürfte. Mit solchen Entscheidungen ist den Arbeitern allerdings nicht gedient; sie sind nur geeignet, das Vertrauen zu den Schlichtungsstellen noch mehr herabzudrücken.

Differenzen in Gießen. Die Firma Gesellschaft für Beton und Eisenbetonbau Gießen hat sämtliche Arbeiter entlassen. Die Gründe sind uns leider nicht mitgeteilt worden. Es haben Verhandlungen mit der Firma über die Fortführung des Betriebes stattgefunden, doch wurde eine Einigung nicht erzielt. Die Arbeitsstelle wurde daraufhin gesperrt.

Differenzen in Homburg (Zahlstelle Saarbrücken). Der Zimmermeister Heil in Homburg zahlte den vom 1. Januar dieses Jahres an gültigen Stundenlohn von 8 M. nicht, sondern nur 7 M. Auf ein an ihn durch unsere Zahlstelle gerichtetes Ersuchen zur Einhaltung des Tariflohnes hatte er eine Menge Ausflüchte. Schließlich mußte er sich aber, nachdem er auf Betreiben unserer Zahlstelle auch durch den Arbeitgeberverband dazu aufgefordert wurde, zur Zahlung des Tariflohnes verstehen. Das ärgerte ihn jedoch mächtig und um diesem Aerger Luft zu machen, setzte er 8 bei ihm beschäftigte Zimmerer auf die Straße, obwohl es an Arbeit nicht mangelte. Unsere Zahlstelle fordert die Wiedereinstellung der Entlassenen; solange sie nicht erfolgt, bleibt das Geschäft von Heil gesperrt.

Die Anerkennung tariflicher Vereinbarungen als Vorbedingung bei Vergabung von Staatsaufträgen. Die eigentlich selbstverständlich sein sollte, hat nunmehr das sächsische Ministerium als Grundsatz aufgestellt, wie das aus folgender Antwort hervorgeht, die unserm Gauleiter G. Laue, Leipzig, zugegangen ist:

Sächsisches Finanzministerium.

Dresden, den 20. Januar 1921.

Bei den Verhandlungen über den Tarif für die bei Notstandsarbeiten beschäftigten Erwerbslosen im Wirtschaftsministerium haben Sie dem anwesenden Vertreter der Staatsforstverwaltung gegenüber mündlich Beschwerde darüber geführt, daß bei dem Forsthausneubau in Klosterbruch von dem Unternehmer, Baumeister Sönnicher, an die von ihm beschäftigten Arbeiter nicht die tarifmäßigen Löhne gezahlt würden und verlangt, daß der Unternehmer vom Staate dazu angehalten werde, diese zu zahlen. Wie festgestellt worden ist, waren in diesem Falle weder der Unternehmer in einem Arbeitgeberverband, noch die Arbeitnehmer in einem Arbeitnehmerverband organisiert. Bei der grundsätzlichen Bedeutung der Frage ist diese dem Gesamtministerium unterbreitet worden, das am 7. dieses Monats beschloß, daß Staatsaufträge künftig nur unter der Bedingung zu vergeben sind, daß bei ihrer Ausführung die tariflichen Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern eingehalten werden. Ihre Beschwerde wird hierdurch als erledigt angesehen.

Finanzministerium, II. Abt. J. A.: gez. Bernhardt.

Dem Ministerium ist mitgeteilt worden, daß es sich, was die Organisationszugehörigkeit der Arbeiter angeht, im Irrtum befindet, daß die Arbeiter bis auf wenige Ausnahmen organisiert waren, sogar einen mehrwöchigen Streik geführt haben, um den Baumeister Sönnicher zu veranlassen, den tariflichen Lohn zu zahlen. — Die Stellungnahme des Ministeriums hat übrigens recht lange auf sich warten lassen, die Beschwerde war bereits Anfang Oktober vorigen Jahres anhängig gemacht worden. Der alte Amtschemmel hat sein Tempo noch immer nicht beschleunigt.

Berichte aus den Zahlstellen.

Altenstein. Unsere Generalversammlung am 5. Januar war von 17 Kameraden besucht. Sie hatte zunächst die Vorstandswahl zu erledigen und nahm dann die Abrechnung vom 4. Quartal entgegen. Der nächste Punkt betraf die Gründung einer Produktivgenossenschaft. Anschließend wurde über das Ergebnis der Wählerwahlen zur Krankenkasse berichtet. Den Schluß bildete die Besprechung von Verbandsangelegenheiten.

Angsburg. Unsere Jahres-Generalversammlung tagte am 16. Januar im „Wittelsbacherhof“. Der Vorsitzende, Kamerad Egger, gedachte zunächst der im verfloffenen Jahre verstorbenen Kameraden, und berichtete sodann über das vergangene Jahr. Wir hatten einen dreitägigen Abmehrestreik sowie 6 Platzstreiks zu führen; sie endeten mit Erfolg. Bei den Tarif- und Lohnverhandlungen mit den Unternehmern gab es harte Kämpfe zu knäcken, ehe es gelang, eine entsprechende Feuerzuzulage herauszuholen. Mehrfach erklärten uns die Unternehmer, daß sie uns gern helfen möchten, aber leider am Ende ihrer Kraft angelangt seien. Unsere Mitglieder haben sich dadurch jedoch nicht täuschen lassen, sie wissen, daß sie ihre Absicht erreichen, wenn sie die Geschlossenheit unserer Front wahren. Der Vorsitzende forderte zur Mitarbeit im neuen Jahre auf, jeder Kamerad müsse die Verbandsinteressen fördern und eine rege Agitation betreiben. Das müsse besonders in den ländlichen Bezirken geschehen, die zum Teil noch sehr schwach sind; dort sei eine unermüdete Mitarbeit für die Verbesserung der Lebenshaltung unserer Kameraden notwendig. Hierauf gab der Kassierer die Quartalsabrechnung bekannt. Der

Mitgliederstand ist infolge Abreise mehrerer Kameraden etwas zurückgegangen, der Lokalkassenbestand weist gegenüber dem vorigen Quartal ein Mehr von 2056,36 M. auf. Durch die Revisoren war der Kassen- und Markenbestand geprüft und für richtig befunden worden. Auf Antrag wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Im Jahresdurchschnitt steht der Mitgliederstand auf 368 gegenüber 286 im Vorjahre. Der Gauleiter nahm nun das Wort und dankte zunächst der Vorstandschaft für die geleistete Arbeit, um dann über „die Sozialisierung der Bauwirtschaft“ zu sprechen. Der Zweck sei, das deutsche Bauwesen durch die gewerblichen Berufsorganisationen in die Gemeinwirtschaft zu überführen. Es habe sich bereits ein Verband sozialer Baubetriebe gegründet, dessen Aufgabe es sei, dem privatkapitalistischen Unternehmen Schranken zu setzen und die neuen Einrichtungen auszubauen. Durch die Gründung einer Bauhütte G. m. b. H. habe sich Südbayern den sozialen Baubetrieben angeschlossen. In der Finanzierung seien die Gewerkschaftszentralen, der Gau sowie die Zahlstellen beteiligt, so daß ein ansehnliches Stammkapital vorhanden sei. Weil aber ein noch größeres Kapitalbedürfnis besteht, werde man es möglich machen, daß jeder in Form von Sparbüchern sich an dem Unternehmen für das Gemeinwohl beteiligen könne. Die Ausführungen fanden regen Beifall. Die Neuwahl der Vorstandschaft blieb, soweit der engere Ausschuß in Frage kommt, unverändert. Mit geringer Veränderung blieb auch der erweiterte Ausschuß in seiner Funktion. Eine Reihe Anträge über örtliche Bestimmungen waren noch zu erledigen, die zum Teil bestanden und abgeschafft, zum Teil eingeführt werden sollen. Mit einem Dank an die Anwesenden für ihr Erscheinen schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Dauken. Generalversammlung am 16. Januar. Mit kurzen Begrüßungsworten eröffnete Kamerad Kriegel die Versammlung. Er gedachte eingangs zweier Kameraden, die im vergangenen Jahre durch Tod von uns geschieden sind, die Kameraden Bringmann und Legien. Der Bericht des Vorstandes schilderte die allgemeine Situation im Baugewerbe im vergangenen Jahre. Die große Arbeitslosigkeit, herrührend von der geringen Bautätigkeit, habe uns viel zu schaffen gemacht. Die Zuschüsse vom Reich für Bauwerke seien sehr gering und fast verbraucht. Unsere Lohnforderungen und ihr Ergebnis wurden übersichtlich dargelegt. Bei den Unternehmern sei man vorstellig geworden betreffs eines Arbeitsnachweises; doch erachtete die Unternehmer ihn jetzt nicht für angebracht, da sie meinen, es läge kein Bedürfnis dafür vor. Das ist sehr zu bedauern, schon mit Rücksicht auf die arbeitslosen Zimmerer. Zum Schluß seiner Ausführungen ermahnte Redner zu reger Werbetätigkeit für unsere Organisation, an der jeder einzelne mitwirken muß. Den Bericht des Kassierers über das vierte Quartal bestätigten die Revisoren. Ihr Antrag, dem Kassierer Entlastung zu erteilen, wurde einstimmig angenommen. Ferner gab er die Jahresabrechnung von 1920 bekannt, die jedem einzelnen Kameraden in Druck vorlag. Sie wurde ebenfalls für richtig erklärt. Kamerad Ruch als Kartellbelegierter erstattete den Bericht der letzten Sitzung, an dem Ausschüsse nichts zu wünschen übrig ließ. Besonders hervorgehoben wurde die Arbeitslosigkeit. Ferner wurde bemerkt, daß der Konsumverein seine Mitglieder bis zu einer gewissen Zeit billige Waren liefern könne, daß man dies Angebot begrüßen und davon möglichst Gebrauch machen müsse. Laut Beschluß dieser Sitzung soll in Zukunft der Vorsitzende jeder Gewerkschaft den Kartellsitzungen beimohnen. Redner wies vor allem auf das Arbeitersekretariat hin, wo sich die Kameraden kostenlos Auskunft in Rechtsfragen holen können. Im dritten Punkt wurde die Entschädigung des Gesamtverbandes in eine feste Jahrespauschalsumme umgewandelt. Die Versammlung hielt die angegebene Summe von 2000 M für den Gesamtverband für angebracht, sie wurde einstimmig genehmigt. Die Verteilung wurde dem Vorstände überlassen. Zu einer Vorschlag, die Arbeitslosenmarken bis auf 13 Stück zu halbem Preise, die übrigen voll zu bezahlen, wurde beschloßen, die Marken jetzt alle voll zu bezahlen und gegebenenfalls Mitgliedern, die sich in Not befinden, eine Unterstützung aus der Lokalkasse zu bewilligen. Weiterhin wurde einstimmig beschloßen, unser Vermögen bei dem Konsumverein anzulegen. Die Wahlen gingen schnell vonstatten. Alle Gewählten nahmen das ihnen anvertraute Amt an. Weiter wurde einstimmig beschloßen, die Prozente für Arbeitslosenmarken für die Koforture den übrigen Marken gleichzustellen. Im letzten Punkt wurde von Kameraden darüber gesprochen, daß Kamerad Donath sich seinen Verpflichtungen schwerlich fügen werde, da er für das Jahr 1920 noch im Rückstande sei. Hier müsse seitens des Vorstandes schärfer eingegriffen werden. Weiter wurde die Rückzahlung der Regentunden beim Baumeister Hauser von den Kameraden beanstandet. Nach Mitteilung der Kameraden wollte sich der Unternehmer bis zum Schlichtungsausschuß und Schiedsgericht verwenden. Ueber die sehr mangelhafte Einstellung der seit längerer Zeit Arbeitslosen wurde lebhaft geklagt. In Sachen Haferburg wurde vom Kassierer und Vorstand bemerkt, daß Haferburg im vergangenen Jahre seinen Verpflichtungen nachgekommen sei. Den Baudelegierten sei recht warm ans Herz gelegt, ihre Posten gewissenhaft auszuführen, und daß sie bei Arbeitseinstellungen und Entlassungen vorher mit dem Arbeitgeber zu verhandeln haben. Jeder arbeitslose Bauarbeiter habe den Bezirksarbeitsnachweis zu benutzen, dann würden auch bessere Verhältnisse geschaffen. Es wurde angeregt, darauf hinzuwirken, daß am Bahnhofsgebäude erst die arbeitslosen Bauhener Zimmerer Beschäftigung finden müssen. Einem Verborgen der Leute von einem Unternehmer zum andern soll schärfstens entgegengetreten werden. Angeregt wurde, einmal ein Vergnügen vom Verbandsverband zu veranstalten. Da dies aber jetzt mit ungeheuren Kosten verbunden ist, wurde vorläufig davon abgesehen. Der Besuch der Versammlung war ein erfreulicher. Mit mahnen Worten schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Breslau. (Jahresbericht.) Das verfloffene Jahr brachte uns in mehrfacher Beziehung Enttäuschungen. Die Bautätigkeit verminderte sich gegen das Vorjahr bedeutend; fast das ganze Jahr hindurch war eine beträchtliche Anzahl von Kameraden arbeitslos, trotzdem einige 60 Kameraden in andern Städten bei dortigen Unternehmern arbeiteten. Die Preise für alle Bedarfsgegen-

stände gingen sprunghaft in die Höhe, und es war bei der schlechten Bautätigkeit unmöglich, die Unternehmer zu zwingen, die Löhne den Preiserhöhungen anzupassen. Sie verstanden es auch hier wieder, die Kollage der Kameraden für sich nutzbar zu machen, und mußten erst durch Leibstreiks gezwungen werden, einen für verbindlich erklärten Schiedspruch anzunehmen. Im Laufe des Jahres meldeten sich 476 Kameraden erwerbslos. Erwerbslosenunterstützung erhielten 407 Kameraden für 8519 Tage 23 301,70 M. Der Stundenlohn wurde um 3,25 M. und zwar von 2,75 M. auf 6,05 M. erhöht. Für Streifenunterstützung wurden an 213 Kameraden und 29 Lehrlinge 24 912,75 M. verausgabt, davon 7269,70 M. aus der Lokalkasse. Zur Erledigung der Geschäfte machten sich 27 Vorstandssitzungen notwendig und 7 gemeinschaftliche Sitzungen mit dem Bauarbeiterverband. Versammlungen fanden im ganzen 83 statt, davon 20 Mitgliederversammlungen. Bei einem Bestand von 12 271,91 M. und einer Einnahme von 51 905,36 M., der eine Ausgabe von 40 119,69 M. gegenüberstand, verblieb der Lokalkasse für 1921 ein Bestand von 24 057,53 M. Die Einnahme für die Zentralkasse betrug 97 077,83 M., die Ausgabe am Orte 57 106,25 M., so daß 39 970,88 M. in bar überwiesen werden konnten. Die Mitgliederzahl betrug am Jahresschluß 1919 861. Eingetreten sind 99, zugereist 66 und 15 Restanten haben nachgezahlt, zusammen 1011 Mitglieder. Gestorben wurden 92, gestorben sind 4, abgereist 116, Restanten 4, zusammen 221 Kameraden, so daß ein Bestand von 820 Mitgliedern, davon 716 Gesellen und 104 Lehrlinge, verbleibt. 178 Postfächer gingen ein: 321 Briefe, 113 Postkarten, 173 Drucksachen und 151 Pakete, zusammen 708 Stück. Es gingen aus an Briefen 238, Postkarten 371, Drucksachen 1967 Stück, im ganzen 2576 Stück. Zur besseren Wahrung ihrer Interessen und zu deren Besprechung in eigenen Versammlungen wurde für die Postiere eine besondere Sektion gegründet, der 48 Kameraden angehören. Die Leitung besteht aus einem ersten und zweiten Vorsitzenden und einem Schriftführer. Der erste Vorsitzende der Sektion ist zugleich Mitglied des Zahlstellenvorstandes. Nachdem schon im Jahre 1919 die Mehrzahl der Zimmerlehrlinge am Orte organisiert war, gelang es uns in Verbindung mit dem Gesellenausschuß, die Lehrlingslöhne proportional den Gesellenlöhnen entsprechend zu regeln. Sie wurden auf 20, 30, 40 und 60 % des Gesellenlohnes festgesetzt. Seit Juni 1920 halten sich die Unternehmer nicht mehr an diese Abmachung, sondern zahlen den Prozentfuß nur von dem damaligen Stundenlohn von 5 M., sie begründeten es damit, daß hier angeblich mit die höchsten Löhne gezahlt werden. Gewiß war das einmal der Fall, doch trifft es jetzt nicht mehr zu. Bis auf einige Ausnahmen sind die Lehrlinge hier organisiert, und wenn es nicht gelingen sollte, die Lehrlingslöhne zentral zu regeln, dann muß, sobald die Gelegenheit günstig ist, eine weitere Lohnhöhung für die Lehrlinge erzwungen werden. Sache der Gesamtheit unserer Mitgliedschaft wird es sein, dafür einzutreten. Von der Abstimmung in Oberschlesien wird es abhängen, wie sich die Bautätigkeit hier in Schlesien in der nächsten Zeit gestaltet. Hoffen wir, daß die Abstimmung für uns günstig ausfällt, nicht nur zum Wohle Schlesiens, sondern zum Wohle des gesamten deutschen Volkes. Wenn uns auch das verfloffene Jahr mancherlei Enttäuschungen gebracht hat, dürfen wir den Mut nicht verlieren. Nicht Erreichtes muß bei günstiger Gelegenheit nachgeholt werden, und an der Geschlossenheit der Organisation, wie bisher, wird es liegen, dies möglich zu machen.

Chemnitz. Eine am 18. Januar im Schützenhaus abgehaltene Versammlung der Betriebsräte und Arbeitslosen der Industriegruppe Baugewerbe stimmte den durch das Gewerkschaftskartell vorgeschlagenen Forderungen an Reich, Staat und Gemeinden zu, verlangte aber eine Abänderung derselben im Sinne eines Antrages der Arbeitslosen. Zu dem Abschnitt c Ziffer 1 der Forderungen wurde folgende Resolution angenommen: „Die Chemnitzer Bauarbeiter lehnen jede Gründung von Genossenschaften ab, weil diese kein Mittel sind, die Arbeiter aus dem kapitalistischen Joch zu befreien, sondern nur geeignet sind, die Arbeiterklasse vom revolutionären Kampf gegen die ganze kapitalistische Gesellschaft abzuhalten. Wir fordern, daß die Stadt zum Wohnungs- und Bauwesen in eigener Regie übergeht und dazu die Baustoff erzeugenden Betriebe, die zurzeit stillliegen, enteignet und in Betrieb setzt um die Baustoffe (Ziegel usw.) selbst zu erzeugen.“ Auf Grund dieser Resolution wurde an den Rat und das Stadtverordnetenkollegium eine Eingabe gerichtet; darin wird gefordert: 1. Sofortige Inangriffnahme der Erstellung von Wohnungen. 2. Die Selbstherzeugung von Baumaterialien, soweit sie in Chemnitzer Verhältnissen begründet liegt. 3. Sofortige Schaffung eines kommunalen Regiebetriebes, der sämtliche im Hoch- und Tiefbau notwendigen Arbeiten und die Erzeugung der Baumaterialien ausführt.“ Ferner wurde eine Entschließung angenommen, die sich scharf gegen den Abbruch von stillgelegten Ziegeleien wendet, und schließlich wurden noch Betriebsrätezentrale und Gewerkschaftskartell beauftragt, sich beim Deutschen Gewerkschaftsbund für die Forderungen des „Offenen Briefes“ der BHPD. einzusetzen.

Coburg. Unsere diesjährige Generalversammlung fand am 8. Januar in der Hofbrauhausbierhalle statt; sie war ziemlich gut besucht. Gauleiter Mödel berichtete über die Wirtschaftslage und die Beschlussfassung der Arbeitgeberverbände. Für seine Ausführungen erntete er großen Beifall. Der Vorsitzende Hollein erstattete den Jahresbericht. Ein kampfreiches Jahr liege hinter uns. Der Stundenlohn erhöhte sich von 1,65 M. zu Anfang des Jahres auf 4,60 M. im Dezember. Anschließend erstattete der Kassierer den Quartals- und Jahreskassenbericht. Er wurde entlastet und ihm für seine mühevollen Arbeit der Dank ausgesprochen. Hierauf fand die Wahl sämtlicher Funktionäre statt. Zum Schluß kam noch die Anschließfrage an den Gau Thüringen zur Verhandlung. Nach langer Diskussion kam die Versammlung zu dem Entschluß, bei dem Gau Thüringen zu bleiben, mit der Maßgabe, daß, falls Verhandlungen stattfinden, der Gauleiter vertreten sein muß, andernfalls ein Vertreter aus Coburg zu entsenden ist. — Nach einer Vorstandssitzung am 26. Januar hielten wir am 28. Januar unsere erste Monatsversammlung ab, die gut besucht war. Im ersten Punkt der Tagesordnung wurde beschloßen, die Versammlungen jeden letzten Freitag

in Monat in der Hofbrauhausbierhalle abzuhalten. Dann am der Versammlungsbuch zur Beratung. Hierzu wurde beschlossen, Strafen einzuführen wie folgt: Jeder Kamerad, der zweimal hintereinander in den Monatsversammlungen fehlt, wird mit 3 M bestraft, wer dreimal hintereinander fehlt, mit 5 M, für jede weitere Versammlung 3 M mehr. Unter „Verschiedenes“ gab Kamerad Marx bekannt, daß unter den Kameraden mehr Solidarität geübt werden müsse und keine Sondervereinbarungen getroffen werden dürften.

Elbing. (Jahresbericht.) Das verfloßene Jahr hat unsere Erwartungen nicht im geringsten erfüllt. Die Rückkehr zu geordneten Wirtschaftsverhältnissen und dadurch zu einer gefunden Preisregelung zwischen Löhnen und den zum Leben notwendigen Gebrauchsgegenständen ist nicht möglich gewesen. Das Gegenteil war leider der Fall. Auf der einen Seite durch Wucher und Profitgier sowie durch den niedrigen Stand der Valuta in Unzumessene gestiegene Preise, auf der andern Seite eine Lohnerhöhung bekämpfendes Unternehmertum, das uns zwingt, um jede, auch die kleinste Lohnerhöhung langwierige Verhandlungen eventuell Lohnkämpfe zu führen. Ein besonders krasses Beispiel von der Skrupellosigkeit der Unternehmer haben wir in Elbing erlebt. Trotzdem die Zentralinstanzen des Arbeitgeberbundes bei den Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen in Hannover die Zahlung einer Teuerungszulage von 1,25 M vereinbart hatten, lehnten die hiesigen Unternehmer die Zahlung der Zulage glatt ab. Wir sahen uns deshalb gezwungen, am 19. April einzelne Plätze zu sperren. Die Unternehmer stellten uns darauf ein Ultimatum, den andern Tag die Arbeit überall zu den alten Bedingungen aufzunehmen. Da wir dieser Aufforderung nicht nachkamen, warfen sie sämtliche im Bauhof beschäftigten Leute aufs Pflaster. Durch die straffe Organisation und das feste Zusammenhalten, vor allem der Zimmerer, konnten die Unternehmer ihren Wunsch, die Arbeiter durch die Aussperrung zu zwingen, noch weiter für Hungerlöhne ungeheure Unternehmerrgewinne aufzubauen, nicht durchsetzen. Nach sechswöchiger Aussperrung mußten sich die Unternehmer zu der Zahlung der Teuerungszulage bereit erklären. Bei den später folgenden bezirklichen Lohnverhandlungen in Königsberg waren auch nur nach langen Verhandlungen so geringe Lohnaufbesserungen zu erreichen, daß der Lohn den Verhältnissen in keiner Weise gerecht wird. — In geschäftlicher Hinsicht hat das Jahr für die Zahlstellenleitung Arbeit in Hülle und Fülle gebracht. Im Bezirk Augustwalde, der fast immer bei den vierteljährlichen Abrechnungen mit großen Restposten anstand, außerdem die Abrechnung durch den Bezirk immer sehr verzögert wurde, ist es gelungen, zum Jahresabschluss sämtliche Bücher in Ordnung zu bringen. Hier am Orte und in den andern 3 Bezirken sind die Kameraden ihren Verpflichtungen immer besser nachgekommen. Der Mitgliederbestand, der am 1. Januar 1920 251 betrug, hat jetzt, trotzdem wir 44 Kameraden, von denen die Zahlstellen Christy und Saalfeld gegründet wurden, abgaben, die Zahl 264 erreicht. Davon sind 32 Wehrlinge. Neu eingetreten sind im Laufe des Jahres 80 Mitglieder, zugereist 14, abgetreten 53, gestorben 20, gestorben 1, ausgestiegen 3, abgemeldet auf Schule oder auf die Reife 4. An Zentral-Kassengelder sind im Laufe dieses Jahres rund 20 000 M gegenüber 12 000 M im vorigen Jahre vereinnahmt worden. Die zentralen Ausgaben betragen rund 12 000 M, ohne die sechswöchige Streikunterstützung. Der Lokalkassenbestand, der am 1. Januar 1920 2363,28 M betrug, am 1. Juli aber auf 1202,03 M heruntergegangen war, beträgt jetzt am Schlusse des Jahres 2864,50 M, so daß sich der Kassenbestand um 501,22 M im Laufe des Jahres erhöht hat. Daß der Lokalkassenbestand während des ersten halben Jahres so rapide herunterging, lag wohl daran, daß wir bei der Festsetzung des Lokalbeitrages der Teuerung nicht Rechnung trugen und dann außer dem hohen Porto und den Papierpreisen auch die Lohnverhandlungen in Königsberg unsere Lokalkasse stark belasteten. Nachdem im Juli eine Erhöhung der Lokalkassenbeiträge auf Grund der neuen Beitragsregelung kam, ist der Kassenbestand wieder langsam in die Höhe gekommen. An Versammlungen haben stattgefunden: 12 Monatsversammlungen, 6 außerordentliche Versammlungen, 5 kombinierte Versammlungen während der Aussperrung zusammen mit den Bauarbeitern, 5 Vorstandssitzungen, 7 Kartellsitzungen, 6 Platzdelegierten-Sitzungen, 4 Betriebsratssitzungen, 2 Fraktions-Sitzungen, 8 Sitzungen, betreffend die Stielungs- und Produktionsgenossenschaft. Verhandlungen mit den Unternehmern am Orte haben 8 stattgefunden, in Königsberg 5. Versammlungen in den Bezirken, an denen Vorstandsmitglieder teilnahmen, haben im Augustwalde 5, in Neukirch 2, in Beher 3 und in Sufase 1 stattgefunden. Der Versammlungsbesuch lief sehr zu wünschen übrig. Die am schlechtesten besuchte Versammlung war die am 7. Juli; es waren nur 33 Kameraden anwesend. Am besten war die außerordentliche Versammlung am 21. Juli besucht; es waren 86 Mann anwesend. Der Durchschnittsbesuch betrug rund 50 % der hiesigen Kameraden. Bedauerlicherweise sind es fast immer ein und dieselben Kameraden, die durch Abwesenheit glänzen. Von Neuerungen, die im Laufe des verfloßenen Jahres in der Zahlstelle eingeführt wurden, ist erstens die Unterstützung beim Tode des Mitgliedes oder dessen Ehefrau zu nennen. Hiernach erhalten die Angehörigen bei einem Todesfall 200 M ausgezahlt. Anspruch darauf haben jedoch nur diejenigen, die ihrer Verpflichtung, vierteljährlich 2 Sterbemarken zu 50 S zu kleben, nachgekommen sind. Der Bestand des Sterbefonds beträgt 932 M. Um zu vermeiden, daß die hiesigen Kameraden ohne Arbeit sind, während Kameraden von außerhalb die Stadt überschwemmen, wurde beschlossen, das Umschauen zu verbieten. Jeder Zimmerer, der wegen Arbeit nachfragen will, hat sich erst beim Vorsitzenden zu melden. Sofern die hiesigen Zimmerer alle in Arbeit sind und noch Arbeit vorhanden ist, erhält der Kamerad eine Bescheinigung ausgestellt, mit der er umsichauen darf. Meldezeit ist von 4 bis 5 Uhr in der Wohnung des Vorsitzenden. Pflicht der Platzdelegierten ist es, den Vorstand über die Arbeitsgelegenheit auf dem laufenden zu halten. Jeder Kamerad, der arbeitslos wird, muß sich ebenfalls melden. Nur dann können die Kameraden

auf Berücksichtigung bei der Arbeitsvermittlung rechnen. Jeden Montag vor der Versammlung findet jetzt eine Platzdelegierten-Sitzung statt, in der alle wichtigen Sachen, die sich im Laufe des Monats gesammelt haben, beraten und erledigt werden. Für die Wehrlinge findet jeden letzten Sonntag im Monat um 10 Uhr vormittags eine Versammlung statt. Als Jugendleiter ist Kamerad K. Garwardt gewählt. Auch im neuen Jahre werden wir alle unsere ganze Kraft für den Zentralverband der Zimmerer einsetzen müssen. Nur durch die Organisation ist es uns gelungen, den Stundenlohn von 2,42 M am Anfang des Jahres auf 5 M zu erhöhen. Darum gilt es, auch den letzten Zimmerer auf dem Lande in unsere Reihen zu bekommen. Uns stehen schwere Zeiten bevor. Wir müssen unsere Zahlstelle so stellen, daß sie den Anforderungen im neuen Jahre in jeder Beziehung gewachsen ist. Jedes dafür gebrachte Opfer wird doppelte Zinsen tragen. Darum: Mann für Mann gearbeitet an der Stärkung des Zentralverbandes der Zimmerer!

Erfwerda. Unsere Mitglieder-Versammlung am 20. Januar nahm die Wahl des Zahlstellenvorstandes vor sowie der Revisoren und der Kartelldelegierten. Kamerad Köbuss erstattete den Jahresbericht. Unsere Zahlstelle zählte am Jahresabschluss 45 Mitglieder, darunter 3 Wehrlinge. Die Beiträge sind rechtzeitig beglichen und Restposten nicht vorhanden. Unter „Verschiedenes“ wurden Zahlstellenangelegenheiten erledigt. Zum Schluss forderte der Vorsitzende die Kameraden auf, die Versammlung stets fleißig zu besuchen und treu zur Organisation zu halten.

Osten a. d. Ruhr. Am 7. Januar tagte unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung, sie war gut besucht. Zunächst wurde ein Delegierter für die in Bochum stattfindende Konferenz zur Gründung eines Bauhüttenbezirksverbandes gewählt. Hierauf erstattete der Vorsitzende Bericht von einer hieselbst stattgefundenen Sitzung der Organisationsvertreter des Industriebezirks. Beschlissen wurde daselbst, an den Westdeutschen Arbeitgeberbund eine Forderung um Erhöhung des Stundenlohnes im Betrage von 1,05 M, zahlbar vom 1. Januar an, einzureichen. Die Abrechnung vom 4. Quartal 1920 wurde vom Kassierer vorgelesen. Demnach bilanzieren die Einnahmen und Ausgaben auf Rechnung der Zentralkasse mit 15 247,90 M. Die Einnahmen der Lokalkasse inklusive Kassenbestand vom vorigen Quartal betragen 13 592,09 M. Dieser gegenüber steht eine Ausgabe von 5326,59 M, so daß ein Lokalkassenbestand von 8265,59 M verbleibt. Die Jahresabrechnung bilanziert für die Zentralkasse in Einnahmen und Ausgaben mit 42 713,30 M. Der Lokalkassenbestand von 1919 betrug 3556,62 M. Im Laufe des Jahres 1920 betrug die Einnahme 16 898,14 M, die Ausgabe 12 189,17 M, so daß ein Kassenbestand für 1921 von 8265,59 M verbleibt. Der Mitgliederbestand hat sich im Laufe des Jahres von 298 auf 331, also um 33 Mitglieder, erhöht. Ueber die nach Weilegung des Streiks von der Zahlstelle herausgegebenen Flugblätter wurde scharf debattiert, da einige Kameraden sie als nicht notwendig erachteten, andere wieder die Drucklegung rechtfertigten. Eine Abstimmung ergab, daß die Versammlung mit den damaligen Maßnahmen des Vorstandes einverstanden war. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Nun erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht, aus dem hervorging, daß das verfloßene Jahr reich an Arbeit war. Außer den täglich abgehaltenen Bureaustunden fanden 26 regelmäßige und eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung statt. Außerdem wurde eine kombinierte Versammlung mit den Bauarbeitern abgehalten. Ferner tagten 30 Vorstandssitzungen und eine Reihe Platzdelegierten-Sitzungen. Auch wurden einige Platzbesprechungen abgehalten. Die Korrespondenz war eine recht rege. Eingegangen sind 190 Briefe, während die Zahl der Ausgänge 430 und 22 Geldsendungen betrug. Am 1. Januar 1920 betrug der Stundenlohn 3,05 M, er wurde im Laufe des Jahres durch Verhandlungen und Vergleichen auf 6,95 M gebracht. Auf Anregung unserer Zahlstelle wurde auch die Landgeldfrage endgültig geregelt. Die Platz- beziehungsweise Baudelegierten haben allem Anschein nach noch nicht alle die Aufgaben, die ihnen durch das Betriebsrätegesetz zufallen, erfüllt. Die Gruppen-Vollversammlungen waren von den betreffenden Delegierten sehr mäßig besucht. Die regelmäßig erschienenen Kameraden haben allerdings ihre Pflicht voll und ganz erfüllt. Die Kartelldelegierten sind zu keiner Sitzung erschienen, und wurden diese nur von den Vorstandsmitgliedern besucht. Zum Schluss kam Redner auf die augenblickliche Lage zu sprechen. Leider können wir nicht ruhig in die Zukunft blicken, da uns noch große Aufgaben in gewerkschaftlicher wie auch in politischer Hinsicht bevorstehen. Es müße unsere Aufgabe sein, auch fernerhin unsern Mann zu stehen und nicht eher zu rufen, als bis auch der letzte Zimmerer der Organisation zugeführt ist. In der Debatte wurde die immer frecher ihr Haupt erhebende reaktionäre Gesellschaft scharf gezeigelt und auf Beispiele trassierter Klassenjustiz hingewiesen. Auch wurde die Haltung der Gewerkschaften in politischen Fragen kritisiert und der Meinung Ausdruck gegeben, daß der Kurs mehr nach links gehen müsse. Hierauf wurde zur Vorstandswahl geschritten und die einzelnen Funktionäre wurden wieder beziehungsweise neugewählt. Dann wurde beschlossen, unsere regelmäßigen Mitglieder-Versammlungen in Zukunft Sonntags vormittags 10 Uhr, erstmalig am 23. Januar, stattfinden zu lassen. Auf einen Vortrag für das Jugendkartell wurde noch besonders hingewiesen. Nachdem noch auf die demnächst stattfindende Gewerbegerichts Wahl aufmerksam gemacht worden war, erfolgte Schluss der gut besuchten Versammlung.

Am 23. Januar fand unsere zweite diesjährige Mitglieder-Versammlung statt. Von der in Bochum stattgefundenen Konferenz wurde Bericht erstattet. Nach längerer Diskussion wurde beschlossen, sich an der Gründung des Bauhüttenbezirksverbandes mit 2 Anteilen von je 500 M zu beteiligen. Aus dem Kartellbericht ist hervorzuheben die Neuregelung der Beiträge, die jetzt pro Mitglied und Quartal 1,50 M betragen. Des weiteren wurde auf die Arbeitslosigkeit und die Mißstände im Flüchtlingslager, Hammerstraße, besonders hingewiesen. Eine vom Kartell gewählte Kommission soll das Flüchtlingslager besichtigen, damit das Glend, das dort herrscht, an die Öffentlichkeit kommt und für Abhilfe gesorgt wird. Es wurde beschlossen, den Kartelldelegierten für jede Sitzung eine Entschädigung

für Auslagen von 3,50 M zu gewähren. Den 3 Kameraden, die in den Streik in Hamborn verwickelt wurden, wird eine Lokalstreikunterstützung von 10 M pro Tag zugesprochen. Nachdem noch auf die nächste Mitglieder-Versammlung, in der unser Gauleiter, Kamerad Janzen, ein Referat hält, hingewiesen war, wurde die Versammlung geschlossen.

Frankfurt a. M. Die Zahlstellenhauptversammlung tagte am 30. Januar im Gewerkschaftshause. Zur Tagesordnung stand der Geschäftsbericht des Vorstandes über das abgelaufene Geschäftsjahr 1920, Anträge des Vorstandes und der einzelnen Bezirke. Der Vorsitzende wies in seinen einleitenden Ausführungen auf die ungeheuerlichen Preissteigerungen der notwendigsten Lebens- und Bedarfsartikel hin. Die erfolgten Lohnerhöhungen haben einen Ausgleich nicht geschaffen. Die wirtschaftliche Notlage der Arbeiter habe sich immer mehr gesteigert und zeige sich heute in der kräftigsten Form. Die Zersplitterung der Arbeiterschaft räche sich in der bittersten Art. Auch auf gewerkschaftlichem Gebiet zeigen sich Erscheinungen, die strengste Aufmerksamkeit erforderlich machen. Redner behandelte dann die Tariffrage und wies auf den Abschluß des Reichstarifes hin. Er behandelte eingehend den § 5 Absatz 4 und § 7. Hier kann festgestellt werden, daß unsere Betriebsobleute ihren Mann gestellt haben. Sie haben in jeder Hinsicht bei der im Sommer einsehenden Arbeitslosigkeit versucht, dem Vertrag und den von ihnen vertretenen Kameraden gerecht zu werden. Es ist verheißungsvoll zu erwarten, daß die Verhandlungen mit den Unternehmern gekommen. Ueber den Stand der Ferien- und Wehrlingsfrage wurde eingehend berichtet. Die bezirkliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wurde am 21. Juli mit Wirkung vom 1. Juli an getroffen. Erst durch Druck in den einzelnen Zahlstellen im Gau (die Zahlstelle in Rahl war an einem fünfzehntägigen Streik beteiligt) wurde der Abschluß getätigt. In der chemischen Industrie, wo ein Teil unserer Kameraden beschäftigt ist, konnten wir allerdings unsern Willen nicht in entsprechender Weise zur Geltung bringen, da unser Einfluß dort zu gering ist. Die Lohnsteigerung zeigt sich in folgendem Stand am 31. Dezember 1919 3 M pro Stunde, vom 15. Januar 1920 an 3,20 M, vom 10. beziehungsweise 11. Februar an 4 M, vom 6. April an 5,25 M, vom 1. Juli an 5,85 M, vom 19. August an 6,25 M, vom 16. Dezember an 6,80 M. Am 15. März 1921 steigt der Lohn auf 7 M. Die Löhne sind durchweg gezahlt worden, es bedurfte aber immerhin hier und dort einiger Nachhilfe. Nur im Gebiet Gelnhausen ist es nicht möglich gewesen, aber die Kameraden dort werden, wenn die Zeit dazu da ist, auch ihre Rechnung stellen. In der Agitation ist in den letzten 7 Monaten recht viel zu leisten gewesen. Bezirke sind in Puchbach, Neuenhain und Nidda errichtet worden. Hausagitationen brachten in Gelnhausen und Cronberg den erwünschten Erfolg, in Fomburg b. d. G. muß der Hebel wieder angelegt werden. Bezirksversammlungen fanden 40 statt, Platzagitationen 39, Platzversammlungen 14, Lohngebietsversammlungen 12, Vertrauensmännerversammlungen 6. Neben den täglichen geschäftlichen Vorgängen mußten noch 6 Schlichtungsausschusssitzungen, 8 Schlichtungskommissionssitzungen, 9 Sitzungen in der Preisprüfungsstelle des städtischen Hochbauamtes, 42 Besprechungen verschiedenster Art, 31 Verhandlungen mit Unternehmern und 1 Gewerbegerichtsverhandlung wahrgenommen werden. Außerdem fanden noch 6 Vorstandssitzungen statt. Der Mitgliederbestand ist am Jahresabschluss auf 1425 gestiegen, die Zunahme beträgt 69 Mitglieder. Die Beitragsleistung ist eine gute, 1590 Mitglieder hatten am Jahresabschluss ihre Beiträge voll entrichtet. Die Organisationszugehörigkeit ergibt folgendes Bild:

Bis zu 1 Jahr	über 1 Jahr	2 Jahre	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
217 Mitgl.	325	165	24	20	22	45	31	58	47	54	52	18
über 13 Jahre	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25
28 Mitgl.	57	43	73	43	18	10	5	17	35	16	4	2

Zum Schluss bemerkte Redner, daß ein Jahr aufreibender Tätigkeit hinter uns liege. Die Kritik möge sich von diesem leiten lassen. Strenge, aber auch gerechte Kritik müsse geübt werden. Richtlinien für die Zukunft sind nötig. Nur dann wirke Kritik fruchtbringend. Der Kassierer gab den Kassenbericht. Die Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse schließen mit 166 980 M ab. Die Lokalkasse habe ebenfalls gut abgeschlossen. Das Lokalkassenvermögen sei um 27 590,11 M gestiegen. Die Gesamteinnahmen und -ausgaben stehen mit 91 522,11 M zu Buch. Hohe Anforderungen seien im Laufe des Jahres an die Lokalkasse gestellt worden. Allen sei man gerecht geworden. In der an die Verichte anschließenden Debatte wurde allseitig anerkannt, daß der Vorstand seine Pflicht getan habe. Ein Antrag auf Entlastung wurde einstimmig angenommen. Im weiteren wurde der bisherige Vorstand mit einigen Ergänzungen einstimmig wiedergewählt. Den Anträgen des Vorstandes, betreffend einige Abänderungen des Zahlstellenregulativs, wurde einstimmig zugestimmt. Ein Antrag aus Essenbach, der von der Organisation verlangt, in der beruflichen Ausbildung der Wehrlinge sich mit zu betätigen, wird unter Hinzufügung einer Entschädigung der Versammlung dem Vorstand als Material überwiesen. Die Entschädigung der Unterlassiger wird für die verkaufte Marke auf 20 S festgesetzt mit Wirkung vom 1. Januar 1921 an. Mit Worten des Dankes an die Funktionäre für ihre unermüdete Mitarbeit und dem Wunsch, daß auch im neuen Geschäftsjahre ein gleich gutes und kameradschaftliches Zusammenarbeiten möglich sei, erfolgte Schluss der gut verlaufenen Versammlung.

Freiburg i. S. Am 30. Januar fand im „Vollhaus Union“ unsere Generalversammlung statt; sie war von 47 Kameraden besucht. Nachdem der Vorsitzende den schlechten Besuch bemängelt hatte, erstattete er den Jahresbericht, worin er besonders die Lohnverhandlungen streifte und die Schwierigkeiten aufzeigte, die zu überwinden

waren. Ein schwieriges Stück Arbeit war die Durchführung des Tarifvertrages. In der Lehrlingsfrage können wir in Freiberg auf ein günstiges Resultat blicken. 13 Mitgliederversammlungen, außer der Generalversammlung, fanden im Laufe des Jahres statt. Zu reger Mitarbeit innerhalb des Verbandes wurde aufgefordert. Der Jahresfassenbericht lag schriftlich vor. Die Lokalkasse hatte am Schlusse des Jahres einen Bestand von 5289,37 M. Der Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren entlastet. Namentlich wurde die Wahl des Vorstandes und der Revisoren vorgenommen. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt, ein Zeichen, daß die Kameraden mit seinen Leistungen zufrieden waren. Im Punkt „Gewerkschaftliches“ wurde die Entschädigungsfrage der Vorstandsmitglieder neu geregelt. Es wurde beschlossen, die Diäten des ersten Vorsitzenden und des ersten Kassierers um 100 % zu erhöhen; die Sitzungsgelder wurden auf 5 M festgesetzt. Die Ausgänger der Arbeitslosenunterstützung erhalten 20 % pro Mitglied und pro Woche. Auf Antrag des proletarischen Freidenkerbundes, Zahlstelle Freiberg, werden 100 M aus der Lokalkasse bewilligt zur Verschönerung der Schulentlassungsfeier, für Kirchenaustrittsagitation und Unterstützung minderbemittelter Kinder.

Sachsenkirchen. Am 15. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde des verstorbenen Kameraden Bringmann und des Genossen Legien gedacht. Der Vorsitzende gab sodann die vom Gauleiter und Gewerkschaftsleiter eingegangenen Schreiben bekannt, und ferner eine Einladung zu einer Konferenz zur Gründung eines Bezirksstüttenverbandes, der in kürzester Zeit ins Leben gerufen werden soll. Nach einer Mitteilung des Gauleiters will sich der Westdeutsche Arbeitgeberbund mit uns in Verhandlungen nicht einlassen, er versucht, die Sache wieder zu verschleppen; hiergegen müssen wir uns energisch wehren. Hierauf erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. In der Mitgliederversammlung am 3. Januar 1920 wurde eine Lohnkommission gewählt. In der Lohnverhandlung am 21. Januar wurde der Lohn auf 3,50 M erhöht. Die Mitgliederversammlung am 7. Februar hatte einen Kandidaten zum außerordentlichen Verbandstag zu wählen und außerdem einen Vertreter zur Konferenz und zu den Lohnverhandlungen. Am 11. Februar fanden Verhandlungen statt im Beisein des Regierungskommissars Sewering, dabei wurde ein Lohn von 4,05 M erzielt. Am 22. März fanden in Essen Verhandlungen über den Lohn- und Arbeitstarif statt, hier war Sachsenkirchen nicht vertreten. In der Mitgliederversammlung am 27. März wurde dem Kameraden Stein anheimgegeben, bei künftigen Lohnverhandlungen für einen Stundenlohn von 9 M einzutreten. Diese Versammlung mußte den Delegierten zum Verbandstag wählen. Am 1. April fanden Tarifverhandlungen im Wagewerbe statt, sie brachten uns einen Lohn von 5,30 M vom 6. April an. Am 21. Mai wurde in Verhandlungen in Essen ein Lohn von 6,30 M erzielt. Während dieser Zeit hatte Essen ein Schreiben an uns gerichtet mit einer Anfrage, ob wir uns als Bezirkszahlstelle Essen angliedern wollten. Unsere Mitgliederversammlung lehnte das jedoch ab. Am 19. Juni hatten wir uns mit Lohnunterschieden auf dem Platz von Stöcker & Madel zu befassen; sie wurden jedoch von den betreffenden Kameraden geregelt. Dann fand eine Versammlung mit den Bauarbeitern und Christen wegen der Landelbfrage statt; es kam dabei aber nichts zustande, weil diese Frage zentral geregelt werden sollte. Im August waren die Lohnverhandlungen auf dem toten Punkt angelangt, denn die Arbeitgeber übten Sabotage. Am 20. September fand in Essen eine Bezirkskonferenz statt, in der beschlossen wurde, nochmals einen Versuch zu machen, um den Westdeutschen Arbeitgeberbund zu einer Verhandlung zu bewegen. Auf den 24. September wurde eine Versammlung anberaumt, doch wurden sich die Parteien nicht einig; sie beschlossen aber, am 1. Oktober unter Hinzuziehung des Reichskommissars erneut zu verhandeln. Diese Verhandlung ist jedoch ergebnislos verlaufen. Dann sollte eine Verhandlung am 8. Oktober stattfinden; der Reichskommissar wollte einen Schiedspruch fällen, aber beide Parteien sollten sich im voraus dem Schiedspruch unterwerfen. Diese Zusage wiesem wir zurück. Der vom Reichskommissar gefällte Schiedspruch brachte einen Stundenlohn von 6,95 M vom 1. Oktober an. Am 16. Oktober hielt Gauleiter Janzen einen Vortrag über unsere Lohnbewegung im Gau Rheinland und Westfalen. Am 22. Oktober fand in Essen eine Zahlstellenkonferenz statt. Da die Unternehmer sich weigerten, den Schiedspruch anzuerkennen, wurde hierzu Stellung genommen. Bei uns wurden die Firmen Schlüter, Weißner und Thomas gesperrt. Am 25. Oktober fanden Verhandlungen statt. Die Arbeitgeber bekannten sich zu dem Schiedspruch vom 8. Oktober. Gestreikt wurde 2 Tage. Hoffentlich bringt uns dieses Jahr mehr Erfolg. Dann erstattete der erste Kassierer den Kassenbericht vom 4. Quartal; er wurde von der Versammlung für richtig befunden und der Kassierer entlastet. Hierauf wurde die Neuwahl des gesamten Vorstandes vollzogen. Unter „Verschiedenes“ wurde lebhaft diskutiert und zum Schlusse ersucht, mehr für den Verband zu agitieren und die Versammlungen besser zu besuchen, damit wir gerüstet dastehen.

Strichberg a. d. E. Unsere diesjährige Generalversammlung fand am 14. Januar statt. Ein Drittel der Mitglieder war erschienen. Der Vorsitzende verlas den Jahresbericht. Einwendungen wurden nicht erhoben. Der Kassierer legte die Abrechnung vom 4. Quartal und die Jahresabrechnung vor. Die Kassenbücher wurden geprüft und für richtig befunden und der Kassierer entlastet. Die Wahl des Gesamtvorstandes verlief ohne jegliche Schwierigkeiten. Mit der Mahnung an die Kameraden, in Zukunft mehr Interesse an den Versammlungen zu zeigen, wurde die Versammlung geschlossen.

Strichberg i. Schl. Am 10. Januar fand unsere Generalversammlung statt; sie war ziemlich gut besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende des verstorbenen Kameraden Bringmann. Sodann gab er den Jahresbericht in recht eingehender Weise. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom 4. Quartal und anschließend die Jahresabrechnung. Im wurde auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt. Die Vorstandswahl nahm wenig Zeit in Anspruch, da die alten Mitglieder ihre Posten be-

hielten. Nach Erledigung interner Angelegenheiten fand Schluß der Versammlung statt.

— (Jahresbericht.) Im Berichtsjahre fanden 12 Mitgliederversammlungen statt, ferner 1 Zahlstellenversammlung, 2 kombinierte Versammlungen und 1 Versammlung anlässlich des Generalstreiks. Besuch waren die Versammlungen im Durchschnitt von 59 Kameraden und 4 Lehrlingen. Im Vorjahre belief sich die Zahl auf 61. Es ist bedauerlich, daß in dieser ersten Zeit die Kameraden so wenig Interesse an den Tag legen; die große Mehrzahl denkt, ich bekomme meinen Lohn, das andere ist Nebensache. Selbst die Arbeit des Vorstandes wird wenig gewertet. Wir hatten im Laufe des Jahres 4 Lohnhöhungen, von 2,15 M auf 4,60 M, inklusive Werkzeugzulage. Trotzdem sich der Stundenlohn im Berichtsjahre mehr als verdoppelt hat, ist er doch mit den Preissteigerungen der wichtigsten Bedarfsartikel nicht mitgegangen. Nur durch unsern Verband ist es gelungen, den Lohn auf diese Höhe zu bringen. Es wird daher an dieser Stelle an alle Kameraden der Appell gerichtet, treu zur Sache zu halten und unsere Organisation, auf die wir uns stets verlassen konnten, hochzuhalten, damit allen Stürmen mit Erfolg begegnet werden kann.

Hohenmölsen. Am 9. Januar tagte in Oberwachsen bei Kamerad Wöhne unsere Generalversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung bemängelte der Vorsitzende, Kamerad Pörschmann, den schwachen Versammlungsbesuch und rügte die Interesslosigkeit der Kameraden. Hierauf erstattete er den Jahresbericht. Er gab einen kurzen, aber ausführlichen Ueberblick, der erkennen ließ, daß wir hier einen netten Fortschritt erzielt und eine gute Arbeit geleistet haben. Sodann fanden die Vorstandswahlen statt. Kamerad Krause, Teuchern, gab die Abrechnung vom vierten Quartal bekannt; er wurde entlastet. Anschließend wurde die Lohnfrage behandelt. Da die Bergarbeiter eine Lohnforderung gestellt haben, so wollen auch unsere Kameraden den Bergarbeitern nicht nachsehen, sie fordern eine neue Lohnverhandlung und einen Stundenlohn von 8 M. Unter „Verschiedenes“ wurden noch einige wichtige Fragen erledigt. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende die Kameraden, sich rege an den Versammlungen zu beteiligen, auf besseren Besuch auch bei den übrigen Kameraden hinzuwirken und weiter wie bisher geschlossen zusammenzusehen, zum Wohle unserer guten Sache!

— (Jahresbericht.) Das Jahr 1920 hat viele unserer Wünsche nicht in Erfüllung gehen lassen. Hätten wir gehofft, daß es für die gesamte Arbeiterschaft eine bessere Zukunft bringen würde, so sind wir schwer enttäuscht worden. Das Gegenteil ist eingetreten; große Teuerung, große Not überall, wohin man sieht. Und alle Unternehmer stehen den Dingen verständnislos gegenüber. Ueberall mußte ihnen der Kampf angejagt werden, um nur das zum Leben Notwendigste für unsere Familie zu erringen. Die Unternehmer fühlen sich wieder als Herren im Lande, davon zeugen der Kapp-Putz und alle sonstigen reaktionären Sandlungen, die wir täglich zumeist am eigenen Leibe verspüren. Sie setzen die Ausbeutung der Arbeiter von vor dem Kriege fort; von demokratischen Grundsätzen ist bei ihnen nichts zu verspüren, noch weniger von sozialem Verständnis. Der beste Beweis sind die Kämpfe, die wir zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen führen mußten. Ihre bekannte Verschleppungstaktik übten die Unternehmer bei jeder Verhandlung. Betrag unser Stundenlohn am 1. Januar 1920 2,55 M, so mußten wir uns durch Arbeitseinstellung, die 12 Tage dauerte, den Stundenlohn von 3,10 M erkämpfen. Durch die zentralen Verhandlungen vom Februar und April stieg unser Stundenlohn auf 4,45 M. Durch die Verlängerung des Reichstariifs trat auch eine Verzögerung der örtlichen Lohnverhandlungen ein, indem sich die Unternehmer zu Verhandlungen nicht stellten und allerhand Ausflüchte gebrauchten. Nachdem der Reichstarif abgeschlossen war, wollten die Unternehmer immer noch nicht verhandeln, so daß wir uns gegangenen sahen, nochmals durch Kampf unsern berechtigten Forderungen Geltung zu verschaffen. Der Erfolg war eine Stundenlohnhöhung von 1,10 M. Der Stundenlohn betrug somit 5,55 M. Der Streik dauerte für Hohenmölsen 10 Tage. Anders waren die Verhältnisse in Teuchern. Dort zahlten die Unternehmer sofort den oben genannten Stundenlohn nach vorausgegangenem Verhandlungen. Auch die letzte Lohnhöhung, die durch bezirkliche Verhandlung vereinbart worden war, zahlten die Teuchernischen Unternehmer noch vor den stattgefundenen Verhandlungen. Sie betrug 35 %, so daß wir am Ende des verfloffenen Jahres einen Stundenlohn von 5,90 M hatten, dazu eine Werkzeugentschädigung von 5 % pro Stunde. Ist dieser Lohn auch keiner der schlechtesten für unsere kleinen Orte, so genügt er doch noch lange nicht den heutigen teuren Verhältnissen, und wohl oder übel mußten wir versuchen, eine neue Lohnhöhung durchzusetzen. Die Arbeitslosigkeit am Orte ist zurzeit keine schlechte, arbeitslos ist kein Kamerad, auch das ganze Jahr hindurch nicht gewesen. Für die Kameraden, die im Bergbau als Zimmerer beschäftigt sind, wurden mehrfach Anregungen gegeben, daß auch unsere Organisation an den Lohnverhandlungen für unsere Kameraden mit teilnehmen sollte. Es sind dieserhalb mehrere Konferenzen gewesen, die aber für uns nicht zur Zufriedenheit ausgefallen sind. Hier hat es sich so richtig bewiesen, wie die Bergarbeiterorganisation unsere Kameraden einschätzt und sie noch dazu zwingen will, Mitglied des Bergarbeiterverbandes zu werden. In letzter Zeit sind sogar mehrfach in unserm Bezirk direkte Aufforderungen an unsere Kameraden gerichtet worden, sich obgenannter Organisation anzuschließen. Wir als Zimmerer können und dürfen dies niemals tun, sondern wir gehören nur dort hin, wo unsere Interessen gewahrt werden, und dies kann nur in unserer Berufsorganisation, dem Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, geschehen. Hier werden alle Kameraden als gleichwertig betrachtet und behandelt, nicht wie ein Vertreter des Bergarbeiterverbandes auf einer Konferenz in Leipzig sagte, die Handwerker, die auf den Bergwerken beschäftigt sind, seien seiner Ansicht nach minderwertige Arbeiter und nicht mit andern beim Meister beschäftigten zu vergleichen. Die Folgerung konnte man sich demnach ziehen, sie kann sich jeder Kamerad heute noch ziehen. Kameraden, merkt Euch diesen Ausspruch und gebt demjenigen, der Euch zwingen will, in den Bergarbeiterverband überzutreten, die ge-

bührende Antwort. Laßt Euch nicht beirren und haltet treu und geschlossen zu Eurer Berufsorganisation. Unser Ziel muß sein, über unser Geschick auch im Bergbau mitentscheiden zu können. Im allgemeinen ist im Bergbau, mit Ausnahme der ledigen Kameraden, der Tagesverdienst fast derselbe wie im Hochbau. Leider ist es uns nicht gelungen, endgültig für unsere Kameraden, die unsern Beruf erlernen, positive Ergebnisse zu erzielen. Hier halten die Unternehmer an dem alten Brauch fest; leider hat auch bisher von zentraler Seite nichts erreicht werden können. Der neue Reichstarif ist abgeschlossen worden, desgleichen ist für Hohenmölsen ein Lohn- und Arbeitstarif vereinbart und abgeschlossen. Für Teuchern ist dies noch nicht der Fall. Die Ferienfrage ist zum größten Bedauern auch noch nicht geregelt. Hoffen wir, daß im kommenden Jahre die Zimmerer so wie alle andern Bauarbeiter nicht mehr als Arbeiter zweiter Klasse gelten. Leider haben nicht alle Kameraden soviel Interesse gehabt, die stattgefundenen Versammlungen zu besuchen, wo ihnen über jede Angelegenheit Aufklärung gegeben worden wäre; dies muß unbedingt anders werden. Versammlungen haben stattgefunden 27, davon in Hohenmölsen 13, in Teuchern 11 und in Oberwachsen 3, letztere 3 für Hohenmölsen und Teuchern gemeinsam; sie waren auch immer gut besucht. Ein Teil der in Hohenmölsen stattgefundenen Versammlungen war auch gut besucht, während die Versammlungen in Teuchern durchweg schlecht besucht waren. Ein besserer Versammlungsbesuch muß unter allen Umständen erzielt werden. Die Zahl der Mitglieder hat sich im Laufe des Jahres von 86 auf 117 erhöht. Der Vorkriegszeit angemessen ist das ein schöner Erfolg für die Zahlstelle. Die Einnahme für die Zentralkasse betrug 12.712,85 M, die Ausgabe 2648,50 M. An die Zentrale wurden gesandt 10.064,35 M. Die Einnahme für die Lokalkasse betrug 3547,43 M, die Ausgabe 2663,20 M. Der Vermögensbestand ist demnach von 325,82 auf 1204,95 M gestiegen. Um auch fernerhin unsere Interessen zu wahren und zu verteidigen, rufen wir allen Kameraden zu: Haltet fest zu Euren Verbänden, laßt Euch nicht beirren, wirkt und werbt bei jeder Gelegenheit neue Mitglieder für unsere Berufsorganisation, nur diese vertritt die Interessen aller Zimmerer.

Jena. Die am 28. Januar im Gewerkschaftshaus stattgefundene Mitgliederversammlung beschäftigte sich im ersten Punkt mit dem Thema: Ziel und Zweck der Gewerkschaften, die wirtschaftliche Lage und die Bekannmachung des Zentralvorstandes im „Zimmerer“. Kamerad Kreuzburg machte dazu längere Ausführungen. Er verwies auf den § 2 unseres Statuts, in dessen zweiten Teil von der Erringung der politischen und wirtschaftlichen Macht, die zum Sozialismus führt, die Rede ist. Mit diesem Paragraphen könnten wir uns auch als Kommunisten vollkommen einverstanden erklären und wir wünschten weiter nichts, als daß der Zentralvorstand in diesem Sinne tätig wäre. Nun sei die Frage, haben die Gewerkschaften, und damit auch unser Verband, immer in diesem Sinne gehandelt? Er kommt zu folgenden Schlüssen: Vor dem Kriege sei es der Fall gewesen; während des Krieges sei es nicht geschehen. Er erinnerte an die Schließung des Burgfriedens, das Zeichen von Kriegszanleihe und die Mitwirkung beim Zustandekommen des Hilfsdienstgesetzes. Nach dem Kriege haben die Gewerkschaften auch nicht in diesem Sinne gehandelt, denn indem man sich mit den Arbeitgebern, unsern Klassenfeinden, zu Arbeitsgemeinschaften zusammenschloß, könne absolut nichts für den Sozialismus geschehen. Es sei ein Übel, den Sozialismus mit Verhandeln am grünen Tisch erringen zu wollen. Deshalb verlangten wir, daß die Gewerkschaften wieder zu den alten Kampforganisationen würden, wie sie es vor dem Kriege gewesen sind. Die Mitglieder sollten nun entscheiden, ob das Verstärkung bedeute. Dann ging er noch auf die wirtschaftliche Lage ein. Er verwies auf die große Arbeitslosigkeit, die in unserm Verufe herrscht. Trotzdem es an Wohnungen fehle, in unserer Stadt allein über 1000, würde doch nicht gebaut. Und wie es in der Bauindustrie sei, so sei es in allen andern Industrien. Aus allen Eden grüne das Glend; im Wäsch- und Kleidergeschäft, überall fehle es, und trotzdem würde eine Fabrik nach der andern stillgelegt, angeblich, weil das Produzieren keinen Profit mehr bringt. Er kam zu dem Schluß, daß der Kapitalismus abgewirtschaftet habe und die Weltwirtschaft nicht mehr in Ordnung bringen könne. Wir müssen deshalb darauf dringen, daß das kapitalistische System so bald wie möglich gestürzt werde. Um das zu erreichen, sei natürlich eine Einheitsfront aller Arbeitenden und Ausgebeuteten nötig, und die könne geschaffen werden, indem sich alle Arbeiterorganisationen der Forderungen der WPKD als Verhandlungsgrundlage bedienen. Die Diskussion bewegte sich nur in zustimmendem Sinne. Es wurde darauf folgende Entschließung gegen 3 Stimmen bei einigen Enthaltungen angenommen: „Die am 28. Januar 1921 im Gewerkschaftshaus tagende Mitgliederversammlung der Zahlstelle Jena vom Zentralverband der Zimmerer protestiert auf das schärfste gegen die Bekannmachung des Zentralvorstandes im „Zimmerer“, überschrieben: „Ein kommunistischer Versplitterungsversuch gegen die baugewerblichen Arbeiterverbände.“ Die Versammlung fordert vom Zentralvorstand, daß die auf dem Gewerkschaftskongreß in Nürnberg beschlossene Neutralität gegenüber den politischen Arbeiterparteien, auch den in unserm Verbandsorganisierten Mitgliedern gegenüber, die sich politisch zur WPKD bekennen, innegehalten wird. Ferner erkläre die Versammlung in den Forderungen, die die WPKD zwecks Sammlung an alle Arbeiterorganisationen gestellt hat, die geeignete Grundlage, auf der die Einigung der Arbeiterschaft zum Handeln erstrebt werden muß. Sie beauftragen daher den Zentralvorstand, in diesem Sinne beim Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zu wirken, um gemeinsame Aktionen zur Sicherstellung der Existenz des Proletariats einzuleiten.“ (Der in der Entschließung enthaltene Protest gegen die Bekannmachung des Zentralverbandes in Nr. 4 des „Zimmerer“ beruht auf einer irrtümlichen Auffassung. Der Zentralvorstand ist mit den Jenaer Kameraden darin einig, daß die parteipolitische Neutralität im Verbandsstreik streng gewahrt bleiben muß. Das will auch seine Bekannmachung bezwecken, die im besonderen die Bestrebungen der Kommunisten.) Im zweiten Punkt gab der Kassierer die Abrechnung vom

4. Quartal und den Jahresabschluss bekannt. Auf Antrag der Revisoren wurde ihm einstimmig Entlastung erteilt. Dann gab Kamerad Günther den Quartalsbericht bekannt, der vom Kameraden Kneifel noch ergänzt wurde. Nachdem dann noch besprochen war, den ausgerechneten Kameraden die Erwerbslosenbeiträge aus der Lokalkasse zu bezahlen, wenn sie alle Monate einen Versammlungstempel im Laufe haben, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Wunsch, alle Versammlungen so zahlreich zu besuchen.

Niederb. (Jahresbericht.) Am 30. Januar fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt; anwesend waren 23 Mitglieder. Der Vorsitzende dankte der Versammlung für das ihm durch die Wahl bewiesene Vertrauen. Dem Kassierer wurde für die Quartalsabrechnung Entlastung erteilt. Das Jahr 1920 war für unsere Zahlstelle ein Kampfsjahr, aus dem wir Zimmerer siegreich hervorgegangen sind. Wir haben 9 Zimmererberatungen und 9 kombinierte Versammlungen abgehalten. Unsere Mitgliederbewegung war wie folgt: Bestand 59 Mitglieder, neu eingetreten 21, zugereist 8, insgesamt 88. Ausgetreten 5, gestrichen 5, abgereist 10, insgesamt 20. Demnach betrug am Jahresluß die Mitgliederzahl 68. Die Bautätigkeit war im vergangenen Jahre im allgemeinen nur gering; außer einigen Siedlungsbauten kamen nur 2 städtische Neubauten in Betracht. Das private Bauen hat, seitdem es so teuer geworden ist, fast ganz aufgehört; allenfalls wird noch da gebaut, wo es die übergroßen Kriegsgewinne anzulegen gilt. Während des ganzen Jahres waren fast nur Schamerarbeiten zu verrichten, trotzdem konnten bald das ganze Jahr über die Kameraden unserer Zahlstelle untergebracht werden. Zwar waren nicht alle im Zimmerergewerbe tätig; viele Kameraden fanden bei den sogenannten Abrüstungsarbeiten Unterkommen, wo sie durchweg besser bezahlt wurden als im Zimmererberuf. Wir haben unsere Zahlstelle im Jahre 1920 so ausgebaut, daß wir mit Zuversicht dem neuen Jahre entgegen schauen. Unsere kleine Zahlstelle weist einen Mitgliederbestand von 68 Mann auf. Etwa zwei Drittel der Kameraden sind auch politisch organisiert. So treten wir in das neue Jahr ein mit froher Hoffnung und mit festem Willen, unsere Organisation auch weiterhin zu fördern.

Kamenz. Am 23. Januar fand im Restaurant „Bürgergarten“ in Pulsnitz die erste Zahlstellenversammlung statt. Der Vorsitzende hieß die Kameraden herzlich willkommen. Ein neuer Abschnitt in der Entwicklung unserer Organisation sei zu verzeichnen. Möge sich das Neugeschaffene für die Zukunft bewähren. Die geladenen Vertreter der Bezirke waren erschienen, mit Ausnahme desjenigen von Niederstein-Wischheim. Hierauf erhielt Kamerad Fischer das Wort, der einen Rückblick auf das vergangene Jahr warf, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des vergangenen Jahres kennzeichnete und die von unserer Organisation unternommenen Schritte erörterte, die eine Erleichterung für unsere Mitglieder zur Folge hatten. Zu Punkt 2, Stellungnahme zu den lokalen Bestimmungen, lag den Delegierten eine Vorlage vor, die Kamerad Fischer noch mündlich erläuterte. In der Diskussion stimmte die Mehrzahl der Redner der Vorlage zu. Auf Antrag des Kameraden Mütze, Chorn, wurde beschlossen, den Angestellten der Zahlstelle durch die Mitglieder in den Bezirken wählen zu lassen; sofern in den vorherigen Bezirksversammlungen keine neuen Vorschläge gemacht werden, soll der jeweilige Angestellte als wiedergewählt gelten. Um den früheren Zahlstellen Großröhrsdorf, Königsbrück und Bischofswerda die Möglichkeit zu geben, mittätig im Vorstand zu sein, beschloß die Versammlung nach eingehender Aussprache, die Kosten des zweiten Vorsitzenden, des zweiten Kassierers und des zweiten Schriftführers mit Kameraden dieser Bezirke zu besetzen, während die übrigen sowie die Revisoren aus dem Bezirk Kamenz zu entnehmen sind. Bei der darauffolgenden Vorstandswahl wurde demgemäß verfahren. Der Kassierenbericht lag den Delegierten im Abzuge vor. Von den Revisoren wurde beantragt, dem Kassierer Entlastung zu erteilen, was einstimmig erfolgte. Im Anschluß hieran wurde einem vom Kameraden Fischer begründeten Antrag, der in einigen Bezirken bereits Annahme gefunden hatte, einstimmig zugestimmt. Der Antrag hat folgenden Wortlaut: „Mit Beginn des zweiten Quartals erhöht sich der Lokalbeitrag in allen Klassen um 30 % pro Woche. Da über lokale Beitragserhöhungen die Mitglieder in den Bezirken endgültig entscheiden, ist jeder Delegierte auf Grund des Beschlusses in der Zahlstellenversammlung verpflichtet, in den Bezirksversammlungen für die Annahme des Antrages zu wirken.“ Gleichfalls angenommen wurde folgender Antrag: „Falls die lokale Beitragserhöhung beschlossen wird, sollen die Unterlassierer für das Austragen des „Zimmerer“ und Kassieren der Beiträge pro Karte 20 % erhalten.“ Als Entschädigung für den Besuch der Zahlstellenversammlung wurden in Anbetracht der ungünstigen Finanzverhältnisse 5 M und Fahrgeld vierter Klasse festgesetzt. Radfahrer sollen einen entsprechenden Betrag erhalten. Unter „Sonstige gewerkschaftliche Angelegenheiten“ wurde der Antrag gestellt, nach der im Tarifvertrag festgelegten Arbeitszeitabelle zu arbeiten. Die in Großröhrsdorf und Kamenz bestehenden Abweichungen sollen unterbleiben. Vom Kameraden Fischer wurde gesagt, zwecks Erledigung dieser Frage mit dem Bauarbeiterverband in Verbindung zu treten. Anschließend daran wurde die Notwendigkeit betont, das Baudelegiertenwesen auszubauen und die durch Tarifvertrag festgelegten Vereinbarungen innezuhalten. Zum Schluß der gut verlaufenen Versammlung wies Kamerad Fischer auf die Notwendigkeit hin, in treuer Zusammenarbeit dem Ganzen zu dienen.

(Jahresbericht.) Die Hoffnung, daß das Jahr 1920 eine Erleichterung der Lebensverhältnisse bringen werde, hat sich nicht erfüllt. Im Gegenteil, eine nie für möglich gehaltene Preissteigerung aller wichtigsten Produkte trat ein und verteuerte die Lebenshaltung im vergangenen Jahre außerordentlich. Die Folgen dieses Zustandes mußten Lohnforderungen und Lohnhöhungen sein, die im vergangenen Jahre eine Aufwärtsbewegung durchmachten wie nie zuvor. Trotz alledem kann von einer Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter im allgemeinen kaum die Rede sein. Auch die im hiesigen Bezirk durchgesetzten Lohnhöhungen haben diese Verbesserung nicht gezeitigt, trotzdem der Lohn von 2,05 M am Jahresanfang auf 5,70 M

am Jahresluß stieg. Am die durch bezirkliche Verhandlungen vereinbarten Lohnhöhungen allgemein zu Anerkennung und Durchführung zu bringen, bedurfte es mannigfacher Nachhilfe. Die durch die Umstände bedingten Nachzahlungen des erhöhten Lohnes suchten in vielen Fällen die Unternehmer zu umgehen. Im Lohngebiet Bischofswerda mußte erst 3 Wochen lang gestreift werden, ehe sich die Unternehmer dazu verstehen konnten, den tarifmäßigen Lohn zu zahlen. In Elstra und Umgegend ist es leider bis heute noch nicht gelungen, die tarifmäßigen Löhne durchzuführen. Die Bautätigkeit im Bezirk war keine gute. Ein großer Teil unserer Mitglieder mußte außerhalb des Bezirks Arbeit suchen. Die wenigen Siedlungsbauten in Großröhrsdorf, Königsbrück und Bischofswerda boten keine ausreichende Beschäftigung. In Kamenz fehlten Siedlungsbauten, dafür boten umfangreiche Arbeiten im Glashüttenwerk einigermaßen Ersatz. Auch der Einbau von Wohnungen in die Kasernen brachte für kurze Zeit Beschäftigung. Die hohen Preise für Baumaterial wirkten außerordentlich hemmend auf den Beschäftigungsgrad. Eine das Gefüge der Zahlstelle besonders berührende Maßnahme war die am 1. Juli vollzogene Verschmelzung mit den Zahlstellen Großröhrsdorf, Königsbrück und Bischofswerda. War anfangs bei den Vorberatungen strittig, wohin der Sitz der neuen Zahlstelle kommen sollte, so trug bei den weiteren Verhandlungen Kamenz den Sieg davon. Die Notwendigkeit, die Zahlstellen zu einer einheitlichen zu verschmelzen, lag in deren inneren Verhältnissen begründet. Manche Schwierigkeit war zu überwinden. Die Bureaufrage konnte nur durch das Entgegenkommen des Konsumvereins von Pulsnitz und Umgegend in zufriedenstellender Weise gelöst werden. Die sonstige Organisationsfähigkeit im letzten Halbjahre war darauf gerichtet, ein gutes Zusammenarbeiten der einzelnen Zahlstellenbezirke herbeizuführen. Wenn auch nicht alles erreicht wurde, was unbedingt als wünschenswert erachtet werden muß, so kann trotzdem mit Befriedigung auf das Erreichte hingewiesen werden. Unerlässlich ist die rege Teilnahme jedes einzelnen Mitgliedes an dem Organisationsleben seines Bezirkes, wenn das Ganze zum Vorteile aller gedeihen soll. Ueber die Organisationsverhältnisse innerhalb des Zahlstellengebietes kann berichtet werden, daß, bis auf wenige Lehrlinge im Bezirk Königsbrück, alle Beschäftigten dem Verband angehören. Anders liegt es in dem Randgebiet, das in der Richtung nach Baunzen zu liegt. Es ist das die sogenannte Wendel. Die in dem Gebiete wohnenden Zimmerer konnten bisher noch nicht erfasst werden. In der Folgezeit muß das möglich werden. Die Schwierigkeit liegt einerseits darin, daß das in Frage kommende Gebiet vorwiegend landwirtschaftlichen Charakter trägt, andererseits an der Unmöglichkeit, mittels der dort üblichen mündlichen Sprache auf die Zimmerer in Wort und Schrift einzuwirken. — Eine das ganze Jahr umfassende zahlenmäßige Darstellung der Veranstaltungen kann nicht gegeben werden. Es liegen nur Aufzeichnungen seit der Verschmelzung vor. In dieser Zeit wurden 21 Bezirksversammlungen abgehalten, die von 285 Mitgliedern besucht waren. Die Zahl der Besucher ist durchaus nicht befriedigend. In einigen Bezirken herrscht große Gleichgültigkeit, die zu heben im Interesse der Gesamtorganisation liegt. Angeschlossen ist die Zahlstelle zurzeit fünf Ortsausschüssen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Die Finanzgebarung der verbundenen Zahlstellen zeigte folgendes Ergebnis. An Eintrittsgeldern wurden vereinnahmt 92 M, an Mitgliedsbeiträgen für die Hauptkasse 37 022,30 M und an Extrabeiträgen 1544 M; insgesamt eine Einnahme von 38 658,30 M. Dem gegenüber stehen Ausgaben der Hauptkasse für Streikunterstützungen von 8939,20 M, für Reiseunterstützungen 7 M, für Krankenunterstützungen 2063,90 M, für Arbeitslosenunterstützungen 2877,55 M und für örtliche Verwaltung 7206,50 M; insgesamt eine Ausgabe von 21 094,15 M, so daß der Hauptkasse noch ein Betrag von 17 564,15 M zugeführt werden konnte. Die Lokaleinnahmen betragen insgesamt 14 193,48 M. An Ausgaben waren zu verzeichnen 9651,55 M. Der Bestand der Lokalkasse am Jahresluß betrug 4541,88 M. Die Mitgliederzahl der 4 Zahlstellen war am Anfang des Jahres 411. Es war ein Zuwachs durch Eintritte, Anmeldungen und Uebertritte von 108 zu verzeichnen, an Abgang durch Austritte, Abreise, Uebertritte und Tod 74, so daß am Jahresluß 445 Mitglieder vorhanden waren. Im kommenden Jahre ist der Weg, der zu gehen ist, vorgezeichnet. Durch regie Anteilnahme am Organisationsleben kann jedes Mitglied die Verbandsbestrebungen fördern helfen. Die Notwendigkeit dafür liegt klar zutage; denn den schweren wirtschaftlichen Druck, der auf dem deutschen Volke lastet, werden unsere Mitglieder tragen helfen müssen. Ungelöst ist noch die Frage der Wohnungsnot. Solange keine Lösung dieses Problems gefunden ist, wird die Arbeitslosigkeit eine große sein, deren Folgen für die Arbeiter außerordentlich schwere sind. Die zielbewusste Gewerkschaftstätigkeit kann vieles mildern. Wägen unsere Kameraden diese Erkenntnis beherzigen und auch weiterhin ihre gewerkschaftlichen Pflichten aufs äußerste erfüllen.

Königsbrück. Am 27. Januar fand unsere Generalversammlung statt; sie war ziemlich gut besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende des verstorbenen Kameraden und Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Karl Legien. Hierauf erstattete der Kassierer die Abrechnung vom 4. Quartal. Der Kassierenbericht wurde genehmigt und der Kassierer entlastet. Anschließend legte der Kassierer den Jahresbericht vor. Kamerad Schwob erstattete einen kurzen Bericht, worin er besonders die Lohnverhandlungen streifte und die Schwierigkeiten zeigte, die zu überwinden waren. Hierauf erfolgte die Vorstandswahl. Mit einer kleinen Aenderung wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Unter „Verschiedenes“ entspann sich eine Debatte über die Erhöhung von Beiträgen. Einige Kameraden von den Güttenzimmerern weigern sich, die Beiträge von 4,20 M zu zahlen, weil sie nur einen Stundenlohn von 5,35 M haben. Kamerad Schwob widerlegte die Einwände der Güttenzimmerer; sie rechneten die Feuerungs- und Rinderzulagen sowie die Freistühle nicht, Dinge, die der Zimmerer, der beim Unternehmer beschäftigt ist, nicht hat. Hierauf streifte Kamerad Schwob noch das Unterstützungenwesen. Zum Schluß wurden noch verschiedene Angelegenheiten besprochen.

Mühlhausen i. Th. Am 16. Januar tagte im „Burgkeller“ unsere diesjährige Generalversammlung. Der Gauleiter hielt einen längeren Vortrag, in dem er eingehend die augenblicklichen Verhältnisse, das schreckliche Ninderelend, die große Wohnungsnot und deren Ursachen usw. behandelte. Auch machte der Redner darauf aufmerksam, daß die politische Lage wieder gespannt sei und jeder Kamerad auf dem Posten sein müsse. In der Diskussion sprachen die Kameraden den Wunsch aus, in nächster Zeit auch einmal einen politischen Vortrag zu hören. Der Kassierer erstattete den Kassierenbericht. Der bare Kasienbestand betrug am Schluß des 4. Quartals 1411,68 M, der Mitgliederbestand 121. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit, der Kassierer wurde entlastet. Dann erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Es sind 4 erfolgreiche Lohnkämpfe geführt worden. Der Stundenlohn stieg von 2,45 M auf 5,55 M. Ebenso erreichten wir für die Lehrlinge einen Stundenlohn von 50, 70 und 90 %, einschließlich 10 % Werkzeuggeld. Die Kameraden dankten dem Vorsitzenden für seine erspriehliche Tätigkeit; sie vermissen immer noch die Regelung der Ferienfrage. Der Gauleiter bemerkte dazu, daß die Unternehmer immer noch nicht dafür zu haben seien und daß die Ferien eventuell noch erkämpft werden müßten. Hierauf wurde die Vorstandswahl vorgenommen sowie die Wahl der Revisoren, der Kartelldelegierten und eines Mitgliedes für den Schlichtungsausschuß. Die Entschädigung der Funktionäre soll in einer Vorstandssitzung beraten und den Mitgliedern in der nächsten Versammlung vorgelegt werden. Zum Schluß wurde noch der Besuch der Volkshochschule empfohlen.

München. Am 30. Januar fand im Saale des Gewerkschaftshauses unsere Generalversammlung statt; sie war sehr gut besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende der verstorbenen Kameraden, besonders unseres alten Vorkämpfers August Bringmann. Die Versammlung ehrte ihr Andenken durch Erheben von den Sätzen. Aus dem Kassierenbericht war zu ersehen, daß wir in der Lokalkasse ein kleines Defizit zu verzeichnen haben, was darauf zurückzuführen ist, daß die Preise für Schreibmaterial und sonstiges sehr stark gestiegen sind. Der Revisionsbericht ergab, daß Kasse und Bücher in vollster Ordnung waren. Der Jahresbericht zeigte, daß wir ein arbeitsreiches Jahr hinter uns haben. Abgehalten wurden neben vielen Sitzungen 13 Versammlungen und 2 Streikappelle. In der ziemlich lebhaften Diskussion wurde besonders hervorgehoben, daß wir uns in Zukunft mehr den politischen Dingen widmen sollten. Die Wahl der Vorstandschaft zeitigte eine lebhafte Debatte, in der es sich lediglich um die Person des Vorsitzenden handelte. Das Vertrauen der Versammlung fiel in überwiegender Mehrheit einem andern Kameraden zu. Die Wahl konnte aber nicht vorgenommen werden, da der jeweilige Vorsitzende vertraglicher Angestellter ist und vierteljährliche Kündigung hat. Deshalb wird die Wahl in der nächstfolgenden Versammlung vorgenommen werden. Mit Ausnahme des zweiten Schriftführers verblieben die alten Kameraden im Vorstand.

Reiße i. Schl. Unsere Mitgliederversammlung am 16. Januar nahm zunächst die Quartalsabrechnung entgegen. Dem Kassierer wurde das Vertrauen ausgesprochen. Die Vorstandswahl brachte nur geringe Veränderungen in der Besetzung der Posten. Unter „Verschiedenes“ wurde mancherlei bemängelt, besonders der schlechte Versammlungsbesuch. Viele Kameraden sind überhaupt noch in keiner Versammlung gewesen, obwohl gerade sie Auffklärung am meisten nötig haben. Es wurde eine Lohnkommission gewählt, die mit den Unternehmern wegen einer Feuerungszulage von 50 % verhandeln soll. Die Unternehmer wollen jedoch nur mit dem Gauleiter verhandeln. Gegenüber dem Gauleiter wurde bemerkt, daß unsere Zahlstelle nicht immer die letzte sein dürfe, da sie etwa 114 Mitglieder zähle.

Neumünster. (Jahresbericht.) Mit großen Hoffnungen sind wir in das Jahr 1920 eingetreten. Unsere Hoffnungen haben aber getrogen; denn wir müssen feststellen, daß sich unsere Lebenshaltung und unsere Gesamtwirtschaftslage infolge der Umwertung unserer Mark wesentlich verschlechtert haben. Die Preise für alle notwendigen Lebensmittel und Bedarfsartikel sind im Laufe des Jahres ganz enorm gestiegen und die Ernährungsverhältnisse infolge Wucher und Schleichhandel immer unerträglicher geworden. Die etwas günstigeren Aussichten im März 1920 machte der Rapp-Buchst zunichte, von dem auch unser Ort heimgesucht wurde. Die Bautätigkeit war, wenn man die hohen Materialpreise berücksichtigt, doch noch zufriedenstellend. Gleich zu Beginn des Jahres machte sich unter den Kameraden das Bestreben nach höheren Löhnen geltend. Im Februar stattgefundenen örtliche Verhandlungen erbrachten eine Lohnhöhung von 2,64 M auf 3,80 M und durch die zentralen Verhandlungen vom 6. April auf 5,05 M pro Stunde. Zweck Abschlußes eines neuen Tarifes fanden im Juni Verhandlungen statt; sie waren aber ergebnislos, weil die Unternehmer keine Lohnhöhung geben wollten. Von unserer Seite wurde darauf der Schlichtungsausschuß angerufen; dessen Vorschlag sah eine Erhöhung des Lohnes um 20 % pro Stunde vor. Von den Arbeitgebern wurde er abgelehnt, was eine berechtigter Erregung unter sämtlichen Kameraden hervorrief. Am 23. Juni wurde darauf der Streit beschlossen und am 24. Juni auch durchgeführt. Am 3. Juli fanden unter dem Vorsitz des ersten Bürgermeisters, Schmidt, Verhandlungen statt, die uns eine Lohnhöhung von 5,05 M auf 5,30 M einschließlich 5 % Geschirrgeld brachten. In einer kombinierten Versammlung wurde dieser Vorschlag angenommen und beschlossen, am 5. Juli die Arbeit geschlossen wieder aufzunehmen. Leider hatten wir es in dieser Zeit auch noch mit Streikbrechern zu tun. Wegen dieser wurde das Ausschlußverfahren beantragt und auch angenommen. Im Oktober fanden wieder örtliche Verhandlungen statt; diese erbrachten eine Zulage von 45 %, so daß wir einen Stundenlohn von 5,70 M und 5 % Geschirrgeld haben. Im vergangenen Jahre haben wir 11 regelmäßige, 2 Extra- und 4 kombinierte Versammlungen mit den Bauarbeitern abgehalten. Ferner haben stattgefunden 11 Sitzungen mit den Unternehmern, 3 Schlichtungsausschuß, 2 Schlichtungskommissionen, 2 Vorstandssitzungen und 8 kombinierte Vorstandssitzungen. Unsere Mitgliederzahl erhöhte sich von 90 auf 118, wovon 11 Lehrlinge sind.

Durch den Tod haben wir 2, durch Ausschluß 4 Kameraden verloren. Der Versammlungsbefuch war das ganze Jahr hindurch nicht zufriedenstellend. Hoffen wir, daß es in diesem Jahre besser wird; denn nur durch Einigkeit können wir unser Ziel erreichen.

Nimpfisch i. Schl. Am 30. Januar fand unsere Generalversammlung statt; sie erfreute sich eines guten Besuchs. Ueber die Teuerungszulage sprach Kamerad Schmidt aus Breslau. Er schilderte den Gang der Verhandlungen und zeigte, wie schließlich die Unternehmer ihr früher gemachtes Angebot von 6% auf 50% Zulage erhöht und die Vertreter der Arbeiterchaft dem zugestimmt hätten. Die Parteien waren sich einig, daß diese 50% mit wenigen Ausnahmen auch für die Provinzorte gelten sollten. Die Unternehmer haben jedoch dem Abkommen nicht entsprochen. Die 50% sind nur in Breslau, Hundsfeld, Deutsch Lissa, Waldenburg, Neurode und Oels gezahlt worden. In Nimpfisch haben die Unternehmer statt 50% nur 30% zugelegt; der Unternehmer Rümmele hat außerdem unsere Kameraden wochenlang aussetzen lassen, wofür eine Notwendigkeit nicht vorzuliegen habe. Unseren Kameraden bleibe nichts anderes übrig, als bei passender Gelegenheit zu zeigen, daß sie es satt sind, sich weiter so behandeln zu lassen. Im zweiten Punkt wurde die Abrechnung vom vierten Quartal verlesen und dem Kassierer Entlastung erteilt. Nachdem die Neuwahl des Zahlstellenvorstandes erledigt war, erwähnte der Gauleiter noch, daß der gegenwärtige Beitrag sich nicht mit dem Stundenlohn in Einklang befände; es müßten in Zukunft Marken verwendet werden zu 235/50. Die Versammlung beauftragte den Vorstand, das Erforderliche zu veranlassen. Die Arbeitsordnung für die Provinz ist geprüft und sind hier und dort noch Änderungen vorgeschlagen worden, so daß der Unterzeichnung und dem Auszuge nichts mehr im Wege stehe, auch wenn der Holzarbeiterverband mit seinen Sägereiarbeitern sich dazu noch nicht verstehen wolle. In „Verbandsangelegenheiten“ wurde von Kameraden Schmidt noch auf den Zimmerer Josef Steiner, der in Reichenbach beheimatet ist, aufmerksam gemacht. Dieser Mann mache unsern Verband überall schlecht; er zieht immer dorthin, wo unsere Kameraden die Lohn- und Arbeitsverhältnisse geregelt haben; im Verband ist er wegen Schulden gestrichen. Da er auch schon in Nimpfisch und Frankenstein sein Heil versucht habe, sollten die Kameraden ihr Augenmerk auf ihn richten. Während des Krieges war er bei der Firma Tischlerer in Breslau als Reklamierter untergeschlüpft; hier haben ihn unsere Kameraden organisiert. Nachdem ihn die Firma dann nach Tangermünde geschickt hatte, glaubte er allen Verbandspflichten entriecht zu sein; doch ist er damit nicht durchgekommen. Im vorigen Jahre war er im Baugeschäft von Petrik in Waldenburg gelandet, und jetzt ist er in Ludwigsdorf im Neuroder Tarifgebiet angelangt. Die dortigen Kameraden werden sich seiner annehmen müssen. Nachdem noch etliche interne Angelegenheiten ihre Erledigung gefunden hatten, erfolgte Schluß der Versammlung.

Nordhansen. Am 12. Januar tagte eine von 70 Kameraden besuchte Generalversammlung. Nachdem der Kassierer die Abrechnung bekanntgegeben hatte, wurde ihm auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt. Hierauf gab der erste Vorsitzende, Kamerad Söller, in längeren Ausführungen einen Rückblick auf das Jahr 1920. Sodann wurde zur Vorstandswahl übergegangen. Bis auf den zweiten Vorsitzenden und 2 Kartelldelegierte wurde der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt. Der erste Vorsitzende gab bekannt, daß wir laut Statut vom 1. Januar 1921 ab an Wochenbeiträgen 3,40 M zu zahlen haben, und zwar 2,70 M Zentral- und 70% Lokaltbeiträge. Es war aber in einer Vorstandssitzung angeregt und auch von der Generalversammlung beschlossen worden, den Lokaltbeitrag um 10% zu erhöhen, damit die Extramarken für das Kartell in Wegfall kommen. Somit haben wir einen Beitrag von 3,50 M. Im Punkt „Verschiedenes“ wurde dann noch beschlossen, am 19. Februar ein Wintervergügen abzuhalten.

— (Jahresbericht.) Das Jahr 1920 ist an uns vorübergegangen; es hat bei weitem unsere Hoffnungen nicht erfüllt. Wenn auch unser Lohn von 2,10 M auf 4,95 M gestiegen ist, so steht er doch in keinem Vergleich zu der heutigen Lebenshaltung. Die Preise für Lebensmittel und Gebrauchsgüter sind durch Wucher und Schleichhandel so gestiegen, daß mit dem Lohn nicht auszukommen ist. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Vorjahres 179, am Schluß des Berichtsjahres 160. Gestrichen mußten 4 Mitglieder werden. Die Lokalkasse hatte am Jahreschluß 1919 einen Bestand von 1346,95 M, am Schluß des Jahres 1920 1974,82 M; mithin ein Mehr von 627,87 M. An Versammlungen haben stattgefunden: 8 Mitglieder- und 7 gemeinschaftliche mit dem Bauarbeiterverband, außerdem 7 Vorstandssitzungen und 1 Platzversammlung sowie mehrere Verhandlungen mit den Unternehmern unter Zuzugung unseres Gauleiters, Kameraden Wöckel, Erfurt. Die Vautätigkeit war im vergangenen Jahre ziemlich flau, doch waren Erwerbslose, ausgenommen in den letzten Monaten, nicht zu verzeichnen. Was das Jahr 1921 bringt, wissen wir noch nicht; jedenfalls aber stehen uns schwere Kämpfe bevor, denn die Unternehmer haben erkannt, daß sie nur durch Geschlossenheit den Arbeitern entgegenzutreten können. Leider haben noch sehr viele Arbeiter nicht eingesehen, was gespielt wird, wo besonders in letzter Zeit Elemente am Werke sind, die Gewerkschaften zu zersplittern. Nicht Zersplitterung, sondern Einigkeit und Geschlossenheit führt uns zum Ziel.

Odenburg. Am 23. Januar fand im Gewerkschaftshaus unsere Generalversammlung statt. Nachdem die Tagesordnung bekanntgegeben war, wurde das Andenken des verstorbenen Kameraden Smit in üblicher Weise geehrt. Hierauf verlas der Kassierer die Abrechnung vom 4. Quartal. Ihm wurde auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt. Der erste Vorsitzende gab einen kurzen Bericht über das verfllossene Jahr. Für die Zahlstelle war es ein Jahr des Kampfes. Es wurden 3 Streiks respektive Ausperrungen durchgeföhrt. Der Stundenlohn stieg von 3,40 M auf 5,50 M. Vom 1. Januar 1921 an wird eine Werkzeugentfädigung von 5% pro Stunde gezahlt. Im zweiten Punkt wurde die Vorstandswahl vorgenommen.

Die Stelle des ersten Vorsitzenden wurde neu besetzt. Als Entschädigung erhalten der Vorsitzende 600 M, der Kassierer 1000 M und der Schriftföhrer 200 M. Mit der Aufforderung zu reger Mitarbeit für den Verband wurde die von 61 Kameraden besuchte Versammlung geschlossen.

Ravensburg. Am 16. Januar hielt unsere Zahlstelle ihre Generalversammlung ab. Leider waren trotz der sehr wichtigen Tagesordnung von 45 organisierten Kollegen nur 17 erschienen. Nach Vorlesen des Protokolls und des Kassienberichts gab der Vorsitzende Hecht den Bericht über die Verhandlungen wegen der Teuerungszulage. Nach langen erfolglosen Verhandlungen sei durch Schiedspruch für die Ortsklassen 1 und 2 10%, für die übrigen Klassen 5% bewilligt worden. Da die Unternehmer auch nach dem Schiedspruch auf ihrem ablehnenden Standpunkt verharrten, wurde das Arbeitsministerium zur Entscheidung angerufen, das in Anbetracht der immer noch anhaltenden Teuerung und der Notlage der Zimmerer den Schiedspruch den Verhältnissen angeeignet fand und ihn für verbindlich erklärte. Auf der Tagesordnung standen dann noch Neuwahlen. Der Vorstand wurde, mit Ausnahme des Schriftföhrens, der eine Wiederwahl ablehnte, einstimmig wiedergewählt. Nach Erörterung verschiedener Fragen wurde die Versammlung geschlossen.

Enstutz. Unsere diesjährige Generalversammlung fand am 16. Januar im Hofenhotel statt; sie war von 20 Kameraden besucht. Der Kassierer gab die Quartalsabrechnung bekannt. Einnahmen und Ausgaben der Zentralkassen betragen 1094,60 M. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 909,35 M und einen Bestand von 731,55 M. Die Jahresabrechnung wies in Einnahmen auf für die Zentralkasse 3592,90 M, in Ausgaben 3125,10 M. Für Arbeitslosen- und Krankenunterstützungen wurden 467,80 M ausgegeben. Die Gesamteinnahmen der Lokalkasse betragen 1252,75 M, die Ausgaben 521,20 M. Hierauf wurde die Entschädigung für die Vorstandsmittelglieder festgelegt und anschließend die Wahl vorgenommen. Ein Antrag, den „Zimmerer“ den Kameraden ins Haus zu bringen, damit alle rechtzeitig die Zeitung bekommen, wurde angenommen. Weiter wurde angeregt, daß die Lohnkommission mehr für die Lehrlinge eintreten müsse, damit sie bessere Löhne erhielten.

Starnberg. (Jahresbericht.) Unsere wirtschaftliche Lage hat sich auch im vergangenen Jahre nicht gebessert. Die Entlohnung hat mit der Teuerung nicht Schritt gehalten, obgleich unser Verband alles daran gesetzt hat, das Los der Zimmerer erträglicher zu gestalten. Am Schluß des Jahres 1919 hatten wir einen Stundenlohn von 2,53 M. Durch die Februarverhandlungen sowie das Abkommen von Hannover stieg er auf 4,30 M. Der Abschluß des Tarifvertrages wurde durch den Arbeitgeberverband verzögert; wir mußten deshalb bis in den Sommer hinein durchhalten mit diesem Lohnsatz, da die Arbeitslosigkeit uns ein Eingreifen, das hier beschleunigend hätte wirken können, nicht gestattete. Starnberg ist Badeort, die Lebenshaltung hier ist teurer als in München. Durch den Münchner Streik und den Spruch des Landesversicherungsamtes erhielten wir im August eine Zulage von 30% pro Stunde und eine Werkzeugentfädigung von 3,50 M pro Woche. Ein erneuter Versuch, die immer noch aufsteigende Teuerung in etwas auszugleichen, brachte uns im November eine Zulage von 35% pro Stunde, so daß der Stundenlohn auf 4,95 M stieg. Die Arbeitslosigkeit war eine zufriedenstellende. Es wurde 1 zweistöckiges Wohnhaus nach auswärts abgeben, 4 Einfamilienhäuser wurden hergestellt, 1 Anbau für Wohnzwecke hergerichtet, ferner wurden Umbauten und Reparaturen ausgeführt. In den Bezirken Berg und Pöding war die Arbeitslosigkeit ähnlich, so daß wir vor größerer Arbeitslosigkeit bewacht blieben. Trotz Quertreibereien konnte sich der Verband nach außen ausbreiten. 1919 hatten wir 36 Mitglieder; ausgetreten sind 10, übergetreten 1, eingetreten oder erneuert 14. Bestand am Schluß des Berichtsjahres 40 Mitglieder, darunter 6 Lehrlinge. Die Entlohnung der Lehrlinge ist im zweiten Lehrjahre 3,30 M, im dritten 3,60 M pro Stunde. Versammlungen fanden in Starnberg 12 statt, in Berg und Pöding je 2. Der Besuch muß besser werden. Ferner fanden 3 Ausschußsitzungen und 4 Revisionen statt. Die Versammlungen hatten sämtlich eine reichhaltige Tagesordnung: Vorträge, Berichte über die Lohnbewegung, Kartellberichte, Betriebsrätefragen, Platz- und Vau delegiertenangelegenheiten, Lehrlingsfragen, Ortsstatut usw. Fünfmal wurde Statistik erhoben über Lebensmittelerzeugung, dreimal über Löhne, zweimal über Lehrlingsfragen, 12 Erhebungen über den Mitgliederstand. Auch der schriftliche Verkehr war ein sehr reger. Alles in allem kann gesagt werden, daß sich die Zahlstelle in den 25 Jahren ihres Bestehens gut behauptet hat. In diesem Geiste wollen wir weiter arbeiten, agitieren und organisieren für die Ziele unseres Verbandes, zugleich auch für den Sozialismus. Der Kassienbericht verzeichnet eine Einnahme für die Zentralkasse von 3087,90 M, davon sind am Ort verblieben 731,40 M als Kranken- und Arbeitslosenunterstützung. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme einschließlich des Kassienbestandes von 1189,96 und eine Ausgabe von 661,43 M. Der Kassienbestand ist 528,53 M. Hierauf hielt Kamerad Weber, München, einen Vortrag über die Sozialisierung des Baugewerbes. Er zeigte in leicht verständlicher Weise, wie notwendig es sei, das Baugewerbe aus den Händen des Bankkapitals zu befreien. Ein Antrag, 100 M aus der Lokalkasse zu bewilligen und durch Extrabeiträge zu decken, fand einstimmige Annahme. Die Vorstandswahl ergab keine Veränderung. Kamerad Brandl wies noch auf den Tarifvertrag hin und ersuchte die Kameraden, dessen Bestimmungen auszunutzen und den Unternehmern nichts zu schenken. Der Vorsitzende wurde beauftragt, bei der Gauleitung die nötigen Schritte zu unternehmen. Ein ferniger Appell an die Mitglieder, den Vorstand nach Kräften zu unterstützen, schloß die Versammlung.

Trebnitz i. Schl. Am 23. Januar fand unsere Mitgliederversammlung statt; sie war mäßig besucht. Der neugewählte Vorsitzende eröffnete die Versammlung mit einer kurzen Rede, in der er versprach, tüchtig für unsere Zahlstelle mit Hilfe aller Kameraden zu arbeiten. Hierauf erstattete der Kassierer den Kassienbericht vom 4. Quartal; ihm wurde Entlastung erteilt. Kamerad Wende rügte die

schlechte Beitragsleistung einzelner Mitglieder vom Lande und wollte hierfür eine Strafe in Form eines bestimmten Betrages in die Lokalkasse festgesetzt haben. Ein bindender Beschluß wurde nicht gefaßt. Am den Versammlungsbefuch zu heben, wurde beschlossen, die Versammlung jeden Sonntag nach dem Ersten im Monat stattfinden zu lassen. Weiter wurde beantragt, den Betriebsrat der Firma Janke zu ersuchen, dahin zu wirken, daß der Vertreter der Zimmerer dauernd auf dem Zimmerplatz zu arbeiten habe, um so unsere Interessen besser vertreten zu können. Beim Polierbund in Breslau soll angefragt werden, ob die 3 Poliere der Firma Janke dort noch ihren Verpflichtungen nachkommen. Der Vorsitzende wurde beauftragt, bei der Firma Janke vorstellig zu werden, damit auch den Lehrlingen bei Außenarbeiten die vollen Tageszulagen gewährt werden. Die Leistung eines Stundenlohnes zur Erbauung des Säuglingsheims soll durch die Delegierten im Kartell des nächstmaligen Besuchs beraten werden. Hierauf schloß der Vorsitzende die gut verlaufene Versammlung.

Trier. Die Tagesordnung der am 12. Januar stattgefundenen Generalversammlung war eine recht reichhaltige. Zuerst wurde der Jahresbericht erstattet. Die wachsende Preissteigerung aller Gebrauchsgüter erforderte unsere stete Aufmerksamkeit, um mit dem Lohn einigermaßen nachzurücken. Betrag der Lohn zu Anfang des Jahres 2,90 M, so brachte uns im Februar ein achtstägiger Streik 4 M Stundenlohn. Gingu kamen durch zentrale Verhandlungen vom 1. April an 1,25 M, während zu einer weiteren Zulage von 1 M im Juli ein sechsstägiger Streik notwendig war. Bei dieser Gelegenheit ging es auch um Durchsetzung eines höheren Lohnes als den der Maurer, und um Abschaffung der Werkzeuglieferung. Beides wurde erreicht und tariflich festgelegt. Die schwerere und gefährlichere sowie auch qualifiziertere Arbeit im Zimmerberuf ließ uns nach dem Spruch des Schlichtungsausschusses 25% mehr erreichen als die Maurer. Die letzte Zulage von 1,20 M vom 11. November an wurde durch Verhandlungen erreicht, und beträgt der Stundenlohn am Jahreschluß 7,45 M. Nach einer Statistik des Wirtschaftsamtess Saarbrücken ist Trier die zweitteuerste Stadt Deutschlands; dies muß in Zukunft auch im Lohn zum Ausdruck kommen. Streikbrecher hatten wir einen namens R. Felbes, der seine Mitgliedschaft verwirkt hat. Ein jüngerer Kamerad kam in gleichem Falle mit einer Geldstrafe davon. Die gute Vautätigkeit ließ infolge Zuguges auch unsere Mitgliederzahl steigen, sie beträgt nach der letzten Feststellung 117. Die 28 Versammlungen waren im Durchschnitt gut besucht. Ebenso war bei der Maifeier der S. P. D. eine fast vollzählige Beteiligung festzustellen. Die Abrechnung ergab eine Gesamteinnahme für die Zentrale von 9559,55 M, eine Ausgabe inklusive Streikunterstützung von 15790,30 M. Die Lokaleinnahme mit Bestand vom vorigen Jahre betrug 3977,41 M, die Ausgabe 2493,96 M, der Kassienbestand 1483,45 M und 300 M Streikkonto. Der dritte Punkt der Tagesordnung, Erhöhung des Lokaltbeitrages, wurde erledigt durch einstimmige Annahme des Vorstandsantrages auf Erhöhung um 50%; der Beitrag beträgt nun 3,50 M + 1,50 M = 5 M. Der Vorstand wurde im wesentlichen in seiner vorjährigen Zusammensetzung wiedergewählt. Zur Konferenz in Oöln wurde, da die Zahlstelle über die Sozialisierung voll orientiert sein will, der Vorsitzende gewählt. Unter „Geschäftliches“ wurde die Entschädigung der Kassierer neu geregelt, und erhalten die Hauskassierer 6%, und weitere 6% der Vorstand. Damit war die Tagesordnung erledigt und die Arbeit im neuen Jahre wird mit einer wohl einstimmigen Zuversicht begonnen.

Velbert. (Jahresbericht.) Am 7. Januar fand im Lokale von Otting unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Nach der Abrechnung vom letzten Quartal wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Sodann wurde nach längerer Aussprache der alte Vorstand wiedergewählt. Den Punkt „Rückblick auf das verfllossene Jahr“ behandelte der Vorsitzende. Es fanden 11 ordentliche und 4 außerordentliche Mitgliederversammlungen statt. Der Stundenlohn betrug am 1. Januar 1920 3,40 M. Die erste Lohnenerhöhung erbrachte uns auf Grund örtlicher Vereinbarung vom 21. Januar an 4,80 M. Diese Vereinbarung wurde des öfteren von den Unternehmern angefochten, von uns aber mit dem Streik beantwortet. Durch bezügliche Verhandlungen stieg der Lohn vom 6. April an auf 5,85 M, vom 29. April auf 6,05 M, vom 29. Mai auf 6,65 M und vom 8. Oktober an auf 7,25 M. Mithin haben wir am Schluß des Jahres ein Mehr von 3,85 M pro Stunde zu verzeichnen. Es gehörten 20 Kameraden unserer Zahlstelle an. Das Vermögen der Lokalkasse betrug rund 430 M. Am den Versammlungsbefuch zu heben, wurde beschlossen, unentschuldigtes Fehlen mit 1,80 M (3 Lokaltmarken à 60%) für die Lokalkasse zu belegen. Abschließend läßt sich sagen, daß das vergangene Jahr ein arbeitsreiches, aber auch ein einigermaßen erfolgreiches Jahr für uns gewesen ist; aber noch immer stehen die Löhne in keinem Verhältnis zur Lebensfrage. Deshalb ist es Pflicht eines jeden Kameraden, auch den letzten Zimmerer in den Banntkreis unserer Organisation zu ziehen, damit wir durch die viele uns immer bessere Lebensbedingungen erkämpfen können.

Weissenfeld. Die diesjährige Generalversammlung am 22. Januar war von 75 Kameraden oder 50% aller Mitglieder der Zahlstelle besucht. Der erste Punkt der Tagesordnung war Rechnungslegung über das 4. Quartal sowie über das Jahr 1920. Einnahme und Ausgabe für die Zentralkasse betragen im 4. Quartal 6585,90 M. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 4767,09, eine Ausgabe von 1059,95 M und einen Bestand von 3707,14 M. Für das Jahr 1920 betragen Einnahme und Ausgabe der Zentralkasse 1772,55 M; die Einnahme der Lokalkasse stellte sich auf 7293,03, die Ausgabe auf 3555,89, der Bestand auf 3707,14 M. Das Lokaltvermögen hat sich im letzten Jahre um 2413,31 M erhöht. Der Jahresbericht zeigte, daß unsere Zahlstelle eifrig und im sozialistischen Sinne die Lebensbedingungen ihrer Angehörigen zu verbessern versucht hat und immer bemüht ist, allen Kameraden die feste Ueberzeugung beizubringen, daß nur Einigkeit und Geschlossenheit der Unternehmerschaft gegenüber zu Erfolgen geführt hat und auch in Zukunft führen wird. Der Geist unserer Unternehmer ist der gleiche wie der aller Kapitalisten: sie pöchen auf ihr Herrtum. Der Beweis, daß ihnen jegliches

Verständnis für die mühselige Lebenshaltung ihrer Arbeiter abgeht, liegt in den 8 Streiks, die geführt werden mußten. Obwohl sie die Notwendigkeit höheren Lohnes nicht zu bestreiten vermochten, hätten sie es doch gern gesehen, wenn die Kameraden noch etwas mitgebracht hätten, wie zum Beispiel das Handwerkzeug. Am Anfang des Jahres betrug der Lohn 2,50 M pro Stunde, Ende desselben 6,10 M. Im allgemeinen war die Bautätigkeit träge. Bauauftraggeber waren Siedlungen, Gemeinden und Gruben; der Privatbau ruhte fast vollständig. Die Stadt stellte Bauarbeiter ein, um in eigener Regie ihr Heil zu versuchen, ohne jedoch der Wohnungsnot wirksam zuleibe zu gehen. Waren am Anfang des Jahres noch 130 Kameraden am Orte beschäftigt, so sank die Zahl am Ende auf 75. Daß dabei die Arbeitslosenzahl nicht stieg, erklärt sich daraus, daß viele Kameraden in Leuna, Roßbach und Teudern Arbeit fanden. Der Mitgliederstand betrug im Januar 1920 155, im Dezember 165. Durch den Tod verlor die Zahlstelle die Kameraden O. Juggmann, O. Kling und W. Böhlitz. Ihnen wird ein ehrendes Andenken bewahrt. Im Laufe des Jahres wurden 11 ordentliche Mitgliederversammlungen, 8 Streikversammlungen, 1 außerordentliche Versammlung, 3 Platz- und 2 Lehrlingsversammlungen abgehalten, ferner 8 Vorstandssitzungen. Der Besuch war befriedigend. Der dritte Punkt betraf die Neuwahlen des Vorstandes, der Kartelldelegierten und Hilfskassierer. Der Vorsitzende gab bekannt, daß jeden Sonnabend von 5 bis 7 Uhr im „Richtsteinstr.“ die Arbeitslosen- und Krankenunterstützung ausbezahlt würde, und daß alle vorkommenden Zahlstellenangelegenheiten dort gemeldet werden müssen. Auch die Ausgabe der Bücher aus der Zahlstellenbibliothek befindet sich dortselbst. Für die Bibliothek bewilligte die Versammlung 100 M. Die Zahlstellenverwaltung wurde in 9 Bezirke geteilt. Hierauf wurde die Entschädigung für die Hilfskassierer und die Vorstandsmitglieder festgesetzt. Den vorgeschlagenen Sätzen, die sich zwischen 20 und 100 M bewegen, stimmte die Versammlung zu; sie gab aber denjenigen, die es angeht, zu bedenken, daß auch etwas Idealismus und nicht nur Materialismus die Leitmotive ihrer Tätigkeit sein müßten. Im letzten Punkte der Tagesordnung nahm noch Kamerad Laue, Leipzig, das Wort zu Auslegungen des Reichstaxtarifs in der Praxis an der Hand von schiedsgerichtlichen Urteilen. Seine Ausführungen fanden verdienten Beifall. Mit dem Wunsch auf ferneres erfolgreiches Arbeiten schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Rehdenick. Am 15. Januar fand in der „Harmonie“ unsere Monatsversammlung statt. Trotz der wichtigen Tagesordnung hielt es die Mehrzahl der Kameraden nicht für nötig, zu erscheinen. Anwesend waren von 49 Mitgliedern leider nur 19. Vor Eintritt in die Tagesordnung gebachte der Vorsitzende des verstorbenen Kameraden Bringmann, dessen Tätigkeit und Verdienst um die Organisation er in kurzen Worten darlegte. Protokoll und Abrechnung wurden genehmigt. Den Jahresbericht erstattete der Vorsitzende. Die Lohnkämpfe des verflossenen Jahres waren nicht mit denen des Jahres 1919 zu vergleichen. Es herrschte eine klauwe Baukonjunktur, daher war fast gar keine Tätigkeit im Baufach und deshalb auch die Mehrzahl der Kameraden gar nicht im Beruf tätig. Versammlungen fanden 10 statt, darunter 8 mit den Maurern; ferner 3 Sitzungen, 2 Verhandlungen in Prenzlau, 1 Bezirksversammlung und 1 mit den Unternehmern. Unser Lohn stieg im Jahre 1920 von 2,07 M auf 2,90 M, dann auf 3,90 M und endlich auf 4,20 M. Die Wahl des gesamten Vorstandes konnte nicht vorgenommen werden, weil die Versammlung nicht beschlußfähig war, da über die Hälfte der Kameraden ohne Grund schwänzte, trotzdem die Versammlung im „Zimmerer“ bekannt gemacht worden war. Ein Beweis von mangelndem Interesse. Die Kameraden sollten mehr den Grundsatz beherzigen „Alle für einen und einer für alle“. Die Vorstandswahl wurde auf den 22. Januar festgesetzt. Ein Antrag, alle Kameraden, die im Quartal nicht wenigstens 2 Versammlungen besuchen, zu bestrafen, wurde ebenfalls bis zum 22. Januar vertagt.

Am 22. Januar fand die Vorstandswahl statt. Anwesend waren 27 Mitglieder. Die Wahlen wurden sämtlich vollzogen. Ferner beschloß die Versammlung, die regelmäßigen Monatsversammlungen aufzuheben und Zusammenkünfte künftig durch Inserate oder Zirkulare bekannt zu machen. Der Antrag auf Bestrafung fehlender Mitglieder wurde wieder fallen gelassen.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Eine Metallarbeiter-Reichskonferenz beruft die „Fraktion der kommunistischen Metallarbeiter Berlins“ zu Ende Februar nach Berlin ein mit der Tagesordnung: „Aussprüche über Mittel zur Wahrung der Einheit des Deutschen Metallarbeiterverbandes“. In einem Aufruf an alle Mitglieder des Verbandes fordert der Verbandsvorstand die Mitglieder auf, jede Aufforderung zur Besichtigung der Konferenz strikte abzulehnen, die Einheit und Geschlossenheit der Gewerkschaften hochzuhalten und treu zu ihrer Organisation zu stehen.

Regierung und Gewerkschaftsvertreter zu den Milliardenforderungen der Entente. Am 4. Februar fand im Preussischen Herrenhause eine Besprechung statt, zu welcher der Reichsminister des Äußern, Dr. Simons, Vertreter der Gewerkschaften und Angestelltenverbände aller Richtungen geladen hatte. Minister Dr. Simons hielt einen Vortrag, worin er einleitend den Stand der Entwaffnungsfrage freilegte. Besonders beschäftigt sich der Minister jedoch mit den schweren wirtschaftlichen Schäden, die die neuen Milliardenforderungen der Entente für Deutschland nach sich ziehen müssen. In diesem Punkte fanden die Ausführungen des Ministers bei den anwesenden Gewerkschaftsvertretern volle Zustimmung.

Die deutschen Konsumgenossenschaften gegen die Pariser Beschlüsse. Großhandels- und Zentralverband deutscher Konsumvereine haben an die Genossenschaftler aller Länder folgenden Protest gerichtet:

„Am 17. Mai 1919 richteten die Unterzeichneten an die Genossenschaftler aller Länder einen Aufruf, der den Versailleser Friedensvertrag als einen unerhörten Verstoß gegen alle genossenschaftlichen Anschauungen, Grundsätze und Bestrebungen brandmarkte, der aller schärfsten Widerspruch nicht nur der deutschen, sondern aller aufrichtigen Genossenschaftler der ganzen Welt hervorgerufen müsse.“

Die Unterzeichneten erklärten, daß der unter Mißbrauch des von dem deutschen Volke den Gegnern entgegengebrachten Vertrauens, unter hinterhältigem Bruch gegebener Zusicherungen und im Widerspruch mit Gerechtigkeit und Vernunft geplante Gewaltfriede ein Hohn auf das genossenschaftliche Ideal der Völkerverständigung und des Völkerfriedens sei und für diese eine dauernde, unerträgliche Gefahr darstelle, deren Abwendung sittliche Pflicht aller human und ehrlich denkenden Menschen und Völker sei.

Die weitere Entwicklung hat die Richtlinien unserer Auffassung bestätigt: Gewalt ist vor Recht gegangen! Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist weiterhin in schamloser Weise verstimmt worden, die Bestimmungen des Friedensvertrages wurden in unehrlicher Weise zum Nachteil der Besiegten ausgelegt, und das Streben der durch den Zusammenbruch schwer bedrückten Völker nach Wiederaufrichtung mit einer Haß und Vergewaltigung erzeugenden Grausamkeit absichtlich und willkürlich gehindert.

Aller Gewalttätigkeit und Ungerechtigkeit wird aber die Krone aufgesetzt durch die in Paris aufgestellten Wiedergutmachungsforderungen, die das deutsche Volk auf Generationen hinaus zum wehrlosen Geloten des internationalen Kapitals erniedrigen und ihm mindestens auf ein Jahrhundert hinaus die Möglichkeit rauben werden, seine Industrie und seinen Handel, die Grundlagen seiner Existenz und seines Fortschritts, seiner Kraft entsprechend zu entfalten. Das deutsche Volk soll zu dauernder Besatzlosigkeit, zum Verzicht auf die beschiedenen Genüsse der Kulturmenschen, zum langsamen körperlichen und geistigen Verkümmern verurteilt werden.

Ueber das Verbrechen an der Gesamtmenschheit, das in diesem kaltblütig gefaßten Beschlusse liegt, wird die Geschichte ihr Urteil fällen. Die Springflut grenzenloser, gerechter Erbitterung, die es hervorruft, wird ihre verheerenden Wirkungen bald erkennen lassen. Wir begnügen uns damit, das unerhörte Verbrechen zu kennzeichnen, das an der internationalen Genossenschaftsbewegung begangen wird. Die unvermeidliche Verelendung des deutschen Volkes bedeutet auch die unvermeidliche Verelendung der deutschen Genossenschaftsbewegung, mit der einer der kräftigsten Zweige des internationalen Genossenschaftsbundes zum Sinken verurteilt wird. Wie könnte man noch von einer einheitlichen Genossenschaftsinternationale reden, wenn wichtige Teile unter Ausnahmegesetzen stehen, die aller Billigkeit und Menschlichkeit spotten, wenn man viele Millionen tüchtiger und ehrlicher Genossenschaftler lebenslanglich zu bemitleidenswerten Sklaven jenes Systems der Ausbeutung und Nechtung stempelt, dessen Beseitigung das vornehmste Ziel aller genossenschaftlichen Tätigkeit ist? Für die lebendige und freudige Teilnahme an der internationalen Genossenschaftsbewegung sind volle wirtschaftliche Freiheit und Gleichberechtigung aller ihrer Teile die unerlässliche Vorbedingung.

Deshalb protestieren wir gegen die Beschlüsse der Pariser Konferenz und richten an die Genossenschaftler aller Länder das dringende Ersuchen, im Interesse der genossenschaftlichen Internationale sich unserem Protest anzuschließen.“

Polizeiliches und Gerichtliches.

Zwangsvollstreckung gegen Kriegsteilnehmer. Der Schutz der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsvollstreckungen ist nochmal bis zum 1. Juli 1921 verlängert worden. Vetreibt der Gläubiger die Zwangsvollstreckung, so muß der Kriegsteilnehmer den Antrag auf Einstellung stellen. Das Gericht braucht dem Antrag aber nicht stattzugeben, wenn die Einstellung nach den Umständen des Falles offenbar unbillig wäre. In folgenden Fällen soll aber die Zwangsvollstreckung durchgeführt und nur ausnahmsweise ihre Einstellung erfolgen: 1. wenn bereits 6 Monate seit Beendigung der Kriegsteilnehmerschaft verlossen sind; 2. wenn es sich um eine Forderung handelt, die nach Beendigung der Kriegsteilnehmerschaft des Schuldners entstanden ist; 3. wenn es sich handelt um gesetzliche Unterhaltungsbeiträge für den zur Zeit des Beginns der Zwangsvollstreckung laufenden Zeitschnitt oder für einen späteren. Ausdrücklich sei bemerkt, daß in den vorgenannten drei Fällen das Gericht die Einstellung also nur dann anordnen kann, wenn die Zwangsvollstreckung nach den Umständen des Falles offenbar unbillig ist. Die Unbilligkeit muß der Schuldner auch nachweisen können.

Safet der Arbeitgeber für Diebstahl an Fahrrädern, die die Arbeitnehmer auf dem Fabrikgrundstück untergestellt haben? Diese Frage hat das Gewerbegericht Stettin unter dem 6. Mai 1919 bejaht, das Landgericht Stettin jedoch durch Urteil vom 23. April 1920 verneint. Kläger forderte 300 M Schadenersatz, das Gewerbegericht sprach ihm aber nur 200 M zu. Ein Drittel des Schadens müsse er deshalb selbst tragen, weil er das Fahrrad zwar in einem von dem Vorgesetzten bestimmten Schuppen aufbewahrt, das Rad aber nicht an der dafür bestimmten Latte angegeschlossen hatte. Dadurch wäre die Diebstahlsmöglichkeit begünstigt worden. Unter dem 12. September 1917 hatte die Firma nun folgende Bekanntmachung im Betriebe angeschlagen: „Die Firma übernimmt keine Haftung für die Fahrräder der Arbeiter. Durch Anbringen von Sicherheitsketten und Sicherheitschloßern hat jeder

Arbeiter für die Sicherheit seines Fahrrades zu sorgen. Eine Entschädigung für beschädigte oder gestohlene Fahrräder wird seitens der Firma nicht gewährt.“ Da Kläger nachweislich von diesem Anschlag Kenntnis hatte, wies das Landgericht die Klage gänzlich ab. Daran ändere auch nichts, daß der Kläger infolge eines tuberkulösen Weileidens ein Fahrrad benutzen mußte.

Veranstaltungsanzeiger.

Montag, den 21. Februar:
Cybifahren: Gleich nach Feierabend bei Reeh, Jodringstraße. — Votsdam: Abends 7½ Uhr bei Prahl, Kaiser-Wilhelm-Straße 38.

Dienstag, den 22. Februar:
Duisburg, Bez. Bottrop: Abends 5 Uhr bei Bahmann, Wilhelmstraße. — Langensalza: Abends 5 Uhr im „Unteren Felsenkeller“.

Mittwoch, den 23. Februar:
Bad Oeynhausen: Abends 8 Uhr in der Wirtschaft „Salmenhor“, Heinrichstraße. — Chemnitz, Bez. Eintracht: Abends 5 Uhr in der „Zalsperre“.

Freitag, den 25. Februar:
Cassel: Abends 5 Uhr im Gewerkschaftshaus, Epohrstr. 6. — Chemnitz, Bez. Oberan: Abends 5 Uhr in der „Erholung“. — Coburg: Gleich nach Feierabend in der „Hofbrauerei-Halle“. — Jena: Nach Feierabend im Gewerkschaftshaus. — Rathenow: Abends 8 Uhr bei Hermann Heßfeld, Jägerstr. 28.

Sonntag, den 26. Februar:
Afen: Abends 8 Uhr im Lokale „Stadt Hamburg“. — Bergen b. Celle: Abends 8 Uhr in „Stadt Hannover“. — Burg b. Magdeburg: Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Duisburg, Bez. Oberhausen: Abends 7 Uhr bei Mosler; Bez. Wesel: Abends 6 Uhr im „Stadttheater“. — Göttingen a. d. Ruhr: Abends 7 Uhr bei Fering, Sprachbücherei Straße. — Neubrück: Eine halbe Stunde nach Feierabend in „Stadt Hofstadt“. — Schönebeck: Abends 7½ Uhr in den „Bayrischen Bierhallen“, Elbstraße. — Stepenitz: Abends 7 Uhr bei Walter Fröhlich, Strandstraße. — Witten: Abends 6 Uhr bei Heinrich Röttemeyer, Rodeystr. 104.

Samstag, den 27. Februar:
Bergen a. Mügen: Nachm. 8 Uhr im Gasthof „Zur Traube“. — Bielefeld: Vorm. 9½ Uhr bei Wiegand, Weberstraße. — Detmold: Vorm. 10 Uhr im „Volkshaus“, Ecke Paulinen- und Lageische Straße. — Hermannsburg: Nachm. 2 Uhr bei H. Thies jun., im „Heidehof“. — Marne: Bei H. Diekmann, Vorderstraße. — Treptow a. d. L.: Im Restaurant Pohl, Brandenburger Straße 7.

—* Anzeigen. *

Zahlstelle Neurobe.

Alle ausländischen sowie aus andern Zahlstellen zureisenden Kameraden haben sich zwecks Arbeit erst beim Vorsitzenden der Zahlstelle, August Hain, Neurobe, Schwarzbachgrund 11, zu melden. [2,40] Die Zahlstelle Neurobe.

Achtung! Kameraden, die den jetzigen Aufenthalt des Zimmerers **Oskar Paul**, geb. 1899, letzter Aufenthalt Essen, kennen, wollen seine Adresse an den Kassierer E. Hinz, Cappel, Zahnstr. 2, senden. [4 M.]

Verkehrslokale, Herbergen usw.

- (Nahverkehrsrate unter dieser Rubrik bis zu drei Rollen kosten 20 M., jede weitere Rolle 5 M. mehr. Freie Exemplare werden nicht verabsolgt.)
- Berlin.** Arbeitsnachweis und Bureau der Zahlstelle des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsangehörigen für Berlin und Umg.: SO, Engelauer 16, 3. St., Zimmer 60. Fernsprecher Amt Moritzplatz, Nr. 2769. Differenzen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie Unfälle sind hier zu melden.
 - Chemnitz.** Bureau im Volkshaus, Jwidauer Straße 159, 1. St. Geöffnet von 10 bis 12 und 4 bis 6 Uhr. Herberge dableihl. Umgehungen ist verboten. Arbeitsnachweis: Bräunerstr. 2/31, Hinterhaus, 1. St. Gän a. d. H. Ver.ehrstotal der Zimmerer bei Wwe. Franz Altmann, Lieboldstraße 67. Versammlungen finden jeden ersten Mittwoch im Monat, abends 7 Uhr, in der Wirtschaft „Zu den vier Salmons Kindern“, Weyersstr. 64, statt. Bureau der Zahlstelle: Severinstr. 199, 3. St., Zimmer 27. Telefon: B 6522. Auszahlung der Restamterfüllung dortselbst von 7 bis 8 Uhr abends.
 - Darmstadt.** Verbandsbureau, Arbeitsnachweis und Herberge im Gewerkschaftshaus, Lessingstraße 24. Burellende und arbeitslose Mitglieder sind verpflichtet, sich im Bureau zu melden. Umgehungen verboten.
 - Darmstadt.** Zahlstellenbureau Gewerkschaftshaus, Weidenbinderhof 66, Hinterhaus, 1. Stod. Telefon: Merkur 4426. Geöffnet vormittags von 9 bis 11 Uhr, nachmittags von 5 bis 7 Uhr. Alle Mitteilungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen der Zimmerer Hamburgs und Umgebungen sind hier zu melden. Das Umgehungen nach Arbeit ist verboten. Alle Anforderungen und Vermittlungen von Zimmerern erfolgen nur durch den Sacharbeitsnachweis für das Baugewerbe, Beim Strohhalle 41.
 - Darmstadt.** St. Georg. Verkehrslokal für Bezirk 4 bei Eduard Stoppel, Mohoder Straße 50. Telefon: Sultan 2584. Jeden Sonntag, mittags von 12 bis 1 Uhr, Vortragsgegenstände. Versammlung jeden zweiten Sonntag im Monat, morgens 10 Uhr. Versammlungslokal der Zentralfraktion der Zimmerer.
 - Hiel.** Zahlstellenbureau Gewerkschaftshaus, Jägerstr. 24, Hinterhaus, 2. St., Zimmer 46. Telefon 2241. Differenzen über Lohn- und Arbeitsbedingungen sind hier zu melden. Arbeitslosenkontrolle von 10 bis 11 Uhr. Der Arbeitsnachweis befindet sich im Schloß. Umgehungen ist verboten. Versammlung jeden zweiten Dienstag im Monat im Gewerkschaftshaus.
 - Magdeburg.** Bureau der Zahlstelle: Jangasse 13, 1. St. Bureaustunden von 5 bis 7 Uhr. Umgehungen verboten. Auskunft in allen Verbandsfragen im Arbeitersekretariat.
 - Mannheim.** Zahlstellenbureau: Gewerkschaftshaus P. 4, 3. St., Zimmer 10 und 11. Telefon 5274. Arbeitsnachweis dortselbst. Bureaustunden von 9 bis 12 Uhr vormittags und 2 bis 7 Uhr nachmittags. Sprechstunden nachmittags von 3 bis 5 Uhr. Sonntags geschlossen. Arbeitslose haben sich von 10 bis 11 Uhr vormittags zur Kontrolle zu melden.
 - München.** Bureau der Zahlstelle: Pestalozzistr. 42/II, Zimmer 44 (Gewerkschaftshaus). Telefon 51 030. Sprechstunden täglich mit Ausnahme Samstags: Vorm. von 10 bis 12 Uhr, nachm. von 4 bis 6 Uhr, Samstags von 8 bis 12 Uhr. Arbeitslos- und Krankentelungen nur von 10 bis 12 Uhr vorm. täglich. (Sonntags, Feiertags und Samstags nachmittags geschlossen.) Zentralherberge: Glodenbach 10.
 - Wilm a. d. R.** Verkehrslokal bei Ernst Groß, „Zur Insel“. Wilhelmshaven und Umgebungen. Bureau: Aukriggen, Rükfänger Straße 28. Geöffnet: Wochentags von 6 bis 7 Uhr abends. Versammlung jeden dritten Dienstag im Monat.